



**Protokoll der 5. Sitzung des Gemeinderates des Gemeinderates Frauenfeld  
vom Mittwoch, den 30. November 2011, 16.00 Uhr, Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsident Michael Lerch

**Namensaufruf:** 38 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** Gemeinderatsmitglieder Lukas Hefti und Katharina Wetli

**Mitanwesend:** 5 Stadtratsmitglieder

**Sekretär:** Jost Kuoni

---

**TRAKTANDEN:**

- 26 Mitteilungen
- 27 Finanzplan 2013 bis 2015  
Diskussion; Kenntnisnahme
- 28 Voranschlag der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2012  
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

---

**Gemeinderatspräsident Michael Lerch:** "Geschätzter Herr Stadtammann, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen, heute findet die letzte Ratssitzung im Jahr 2011 statt. Zum Glück endet mit dem Jahr nicht auch bereits mein Präsidialjahr, denn inzwischen habe ich mich gerade so schön in mein Amt eingelebt. Es bereitet mir viel Freude und kaum Ärger. Ich hoffe, dass sich die zweite Hälfte meines Jahres so fortsetzt. Die zeitliche Belastung hält sich aus meiner Sicht in Grenzen, sodass dazwischen auch ein freies Wochenende anfällt. Ich freue mich auf zahlreiche weitere Ratssitzungen sowie viele weitere interessante Anlässe und Begegnungen mit unseren Einwohnerinnen und Einwohnern. Ich bin froh, dass der Ratsbetrieb jetzt in eine Pause bis zum Jahresanfang geht, denn so habe ich wieder etwas mehr Zeit, um mich dem Jahresendspurt beim Grundbuchamt Frauenfeld zu widmen. Dieser dürfte nämlich so heftig werden, wie seit mindestens zehn Jahren nicht mehr."

Der **Ratspräsident** stellt nach erfolgtem Namensaufruf fest, dass 38 Ratsmitglieder anwesend sind. Gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements ist der Rat somit beschlussfähig. Das absolute Mehr liegt bei 20.

Da Gemeinderätin Katharina Wetli abwesend ist, wird ein Ersatz in das Ratsbüro benötigt. Namens der Fraktion CVP/EVP schlägt **Gemeinderat Marcel Epper** für die heutige Sitzung Gemeinderat Heinz Pfändler als Ersatz vor.

Es werden keine weiteren Vorschläge unterbreitet, sodass offen gewählt werden kann.

#### **Ergebnis der offenen Wahl:**

**Gemeinderat Heinz Pfändler** wird einstimmig, mit Enthaltung des Gewählten, als heutiger Ersatz für Gemeinderätin Katharina Wetli als ausserordentlicher Stimmzähler ins Büro des Gemeinderats **gewählt**.

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Dazu liegen keine Ergänzungsanträge vor, sodass der **Ratspräsident** die Sitzung gemäss vorliegenden Traktanden fortsetzt.

Der **Ratspräsident** kündigt an, dass aufgrund der zu erwartenden langen Sitzungsdauer nach zirka eineinhalb Stunden eine Pause eingeschaltet wird. Während der Pause gibt es neben den üblichen Erfrischungsgetränken als Geschenk des nicht anwesenden Samichlaus einen "Grittibänz", damit auch die Magennerven zufrieden gestellt werden können und nach der Pause kraftvoll weiter debattiert werden kann.

26

## MITTEILUNGEN

### 26.1 "mobilitätthurgau"

An den Plätzen der Ratsmitglieder liegt die Broschüre "mobilitätthurgau" (Bodensee-Thurtalstrasse BTS/Oberlandstrasse OLS) auf.

### 26.2 Vorzeitiges Verlassen des Gemeinderats

Gemeinderat Michael Krucker muss zirka um 18.00 Uhr wegen einer anderweitigen Verpflichtung den Gemeinderat vorzeitig verlassen.

### 26.3 Zustellung von Anträgen vor der Ratssitzung

Der **Ratspräsident** bittet die Ratsmitglieder, ihm jeweils Anträge unmittelbar vor der Ratssitzung schriftlich zu übergeben oder noch besser, diese vorgängig rechtzeitig per E-Mail zuzuleiten, damit er sich auch entsprechend vorbereiten kann.

### 26.4 Eingang einer Interpellation von Gemeinderat Peter Hausammann betreffend "Transparentere und klarere Abschreibungspraxis"

Gemeinderat Peter Hausammann hat an der heutigen Sitzung eine Interpellation zum Thema "Transparentere und klarere Abschreibungspraxis" mit folgendem Inhalt eingereicht:

Aktuell schreibt Frauenfeld sein Verwaltungsvermögen zusammengefasst nicht konstant entsprechend dem betriebswirtschaftlich sinnvollen Mass, sondern variabel ab - mal mehr, mal weniger - je nachdem, wie gross die Differenz zwischen Ertrag und Aufwand exklusiv Abschreibungen ist, und zwar degressiv vom Restbuchwert.

*Ist der Stadtrat bereit, dieses Modell mit dem Ziel zu ändern, eine transparentere, klarere und besser verständliche Budgetierung und Rechnungslegung zu ermöglichen?*

Ich sehe folgende Massnahmen:

1. *Feste und konstante Abschreibungssätze für die einschlägigen Kategorien (Tiefbau, Hochbau, Mobilien, Informatik) bestimmen.*
2. *Entsprechend budgetieren und planen (V und FPL).*
3. *Als Ergebnis in der Laufenden Rechnung konsequent Vorschlag oder Rückschlag (bzw. Überschuss oder Defizit) ausweisen.*

4. *Überschüsse und Rückschläge als Reserven dem Eigenkapital gutschreiben bzw. belasten (nicht zusätzlich abschreiben).*
5. *Statt degressiv vom Restbuchwert linear entsprechend der mutmasslichen Lebensdauer abschreiben.*

Grundlegend ist das Verständnis der Abschreibungen. Abschreibungen sind als Konsequenz der geplanten bzw. getätigten Investitionen notwendiger Aufwand, wie Sachaufwand und Personalaufwand. Nicht Manövriermasse, um ein formal ausgeglichenes Budget und eine formal ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. Das bedingt fixe Abschreibungssätze und einen Abschied von nur formal ausgeglichenen Budgets und Rechnungen. Ausgewiesen wird in der Laufenden Rechnung vielmehr, was tatsächlich - nach den erforderlichen Abschreibungen - übrig bleibt, oder was fehlt. Das Ergebnis wird nicht für weitere, nicht budgetierte bzw. ausserordentliche Abschreibungen verwendet, sondern verändert das Eigenkapital (bzw. den Bilanzfehlbetrag). Also nicht stille Reserven bilden, sondern deklarierte. Die tatsächliche finanzielle Situation wird klarer abgebildet.

Über die Höhe der Abschreibungssätze kann und muss man natürlich diskutieren. Dafür gibt es fachtechnische Empfehlungen und gesetzliche Mindestvorgaben. Entscheidend ist, dass die gesetzlichen Mindestvorgaben nicht unterschritten und die einmal beschlossenen Sätze durchgezogen werden.

Die Massnahmen 1 bis 4 lassen sich ohne grossen Aufwand kurzfristig realisieren, zum Beispiel auf den Voranschlag 2013. Die Massnahme 5 ist eine mittelfristige Massnahme. Die lineare Abschreibung nach der mutmasslichen Lebensdauer ist betriebswirtschaftlich sinnvoller, klarer und verständlicher als die degressive Methode. Sie führt dazu, dass Investitionen die Laufende Rechnung kurz-, mittel- und langfristig gleichmässiger belasten. Die Investitionen schlagen vor allem in den ersten Jahren weniger stark zu Buche. Der Wechsel ist zwar mit einem einmaligen Effort verbunden - Schätzung der Restlebensdauer der vorhandenen (Verwaltungs-) Vermögenswerte und Festlegung der entsprechenden Sätze - aber machbar. Der Kanton ist gerade daran, diese Umstellung vorzunehmen.

- - -

Diese Interpellation wird dem Stadtrat zur Beantwortung zugeleitet.

27

**FINANZPLAN 2013 BIS 2015***Diskussion; Kenntnisnahme*

(Botschaft Nr. 2 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 4. Oktober 2011)

Der **Ratspräsident** weist einleitend darauf hin, dass sich der Finanzplan der Stadt zuvorderst im Budgetordner und jener der Werkbetriebe im Budgetorder, Kapitel 4, Seiten 31 bis 36, befinden. Beim Alterszentrum Park ist kein Finanzplan vorhanden.

Traditionellerweise nimmt der Gemeinderat den Finanzplan nur zur Kenntnis. Selbstverständlich darf jedoch trotzdem darüber diskutiert werden.

**Gemeinderat Matthias Hotz**, Präsident der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration: "Wir widmen uns heute wiederum zuerst den längerfristigen Finanzplänen für die Jahre 2013 bis 2015, bevor wir uns den konkreten Voranschlägen für das nächste Jahr zuwenden. Ein Finanzplan ist ein Arbeitsinstrument oder ein Arbeitspapier des Stadtrates, das wir im Gemeinderat lediglich zur Kenntnis nehmen. Die Finanzpläne der Stadt Frauenfeld umfassen immer die nächsten drei Jahre und werden aber im Sinne einer rollenden Planung jährlich überarbeitet sowie in aufwendiger Kleinarbeit angepasst. Ziel soll dabei sein, über den vorliegenden Voranschlag für das nächste Jahr hinaus auch mittelfristig den Finanzhaushalt sowohl der Stadt als auch der Werkbetriebe und wohl auch des Alterszentrum beurteilen und lenken zu können.

Es sollten uns denn auch drei Finanzpläne vorliegen und nicht nur einer, wie aus der heutigen Traktandenliste geschlossen werden könnte. Wir haben je einen separaten Finanzplan für die Stadt, nämlich vorne im Ordner und einen für die Werkbetriebe - dieser ist, wie wir es gehört haben, hinten im Griff 8, unter Ziffer 4 unseres Ordners - und sicher auch einen für das Alterszentrum Park, wie das letzte Jahr, nur habe ich diesen leider im Ordner nicht gefunden. Ebenso liegen uns ja auch drei separate Voranschläge für das kommende Jahr vor. Dabei möchte ich einmal mehr anregen, dies auch in den Traktandenlisten für diese Budgetsitzungen in Zukunft so aufzuführen. Den streng genommen könnten wir heute nur über den traktandierten Voranschlag der Stadt beraten sowie beschliessen und müssten die Werkbetriebe sowie das AZP somit voranschlagslos im neuen Jahr starten lassen, weil sie nicht traktandiert sind. Da die vom Stadtrat beantragte Steuersenkung aber auch nur diesen einzigen traktandierten Voranschlag betrifft, könnte ich notfalls auch damit gut leben.

Doch zurück zum **Finanzplan der Stadt**. Dieser ist somit eine wichtige Orientierungshilfe für eine gesunde Investitions- und Finanzpolitik und damit auch für eine vernünftige Steuerpolitik. Dieses Planungs- und Steuerungsinstrument basiert auf drei Elementen: erstens der Prognose der Laufenden Rechnung, zweitens der Investitionsplanung, und damit verbunden, drittens den finanziellen Zielsetzungen. Ich gehe diese drei Elemente kurz durch.

**Zum ersten Element, der Prognose der Laufenden Rechnung:** Wichtigste Zahl ist hier der Bruttoertragsüberschuss, also die Differenz zwischen Aufwand und Ertrag. Je höher der geplante Bruttoertragsüberschuss ausfällt, umso mehr eigene Mittel stehen für die Selbstfinanzierung der Investitionen zur Verfügung. Für die Finanzplanperiode 2013 bis 2015 sinkt der Bruttoertragsüberschuss auf rund 2,82 Mio. Franken. Was in der laufenden Rechnung im Finanzplan auffällt, ist die Tatsache, dass der Stadtrat trotz der berücksichtigten heute beantragten Steuersenkung von 3% aber gegenüber dem Voranschlag 2011 mit weiterhin kontinuierlich steigenden Steuereinnahmen bis im Jahr 2015 rechnet. Das ist doch bemerkenswert.

Damit komme ich **zum zweiten Element des Finanzplans, der Investitionsplanung:** Aufgrund der vorgesehenen überdurchschnittlichen Investitionen in der Periode der Jahre 2013 bis 2015 wird das Netto-Investitionsvolumen der Stadt, wie schon im letzten Finanzplan, sehr hoch auf durchschnittlich rund 14 Mio. Franken pro Jahr bleiben. Dadurch sinkt der Selbstfinanzierungsgrad. In der Investitionsplanung nicht berücksichtigt wurden eine mögliche Übernahme der Stadtkaserne und eine Stadtentlastungsstrasse. Es ist aber ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass diese Investitionen vorläufig - ich erlaube mir den Ausdruck - ein 'Wunschkonzert' des Stadtrates sind. Nicht alle diese aufgeführten Investitionen sind zwingend nötig und werden ausgeführt. Und gemäss unserer neuen Gemeindeordnung, konkret dem neuen Art. 56a, sind alle Investitionsvorhaben, soweit sie die Kompetenz des Stadtrats von 300'000 Franken überschreiten und nicht den Unterhalt von Strassen usw. betreffen, noch dem Gemeinderat mit einer separaten Botschaft vorzulegen. Diese Suppe wird somit nicht so heiss gegessen, wie sie nun gekocht wird.

Somit komme ich **zum dritten Element des Finanzplans, den finanzpolitischen Zielsetzungen:** Das Ziel muss sein, dass in der Stadtrechnung ein massvoller durchschnittlicher Bruttoertragsüberschuss erzielt werden kann und der Selbstfinanzierungsgrad der Stadt mittelfristig höher und wieder möglichst bei 100% liegt. Gemäss Finanzplan liegt er nun bei niedrigen durchschnittlichen 20%. Dies bedingt, dass sich die Stadt auf ihre Kernaufgaben konzentriert und der Stadtrat wie auch der Gemeinderat weiterhin eine rigorose Ausgaben-Disziplin zeigen. Trotzdem kann aber, wie vom Stadtrat beantragt, nun eine weitere Steuersenkung vorgenommen und in die finanzpolitischen Zielsetzungen sowie Planungen mit einbezogen werden.

Zum Finanzplan der Werkbetriebe habe ich keine besonderen Bemerkungen. Es kann einzig darauf hingewiesen werden, dass sich die Werkbetriebe auch in deren Finanzplan grundsätzlich kerngesund präsentieren, auch wenn die Restbuchwerte zunehmen werden.

Die GPK Finanzen und Administration hat die Finanzpläne zur Kenntnis genommen und beantragt dies auch dem Gemeinderat. Besten Dank."

**Gemeinderat Peter Hausammann:** "Ich spreche für die Fraktion CH/Grüne/GLP zum Finanzplan der Stadt.

Vor einem Jahr habe ich gesagt, die Zahlen im Finanzplan machten uns zum Teil Bauchweh. Nun, das Bauchweh ist mit dem neuen Finanzplan nicht kuriert, sondern eher verstärkt.

Erstens und am meisten ins Gewicht fallen die roten Zahlen in der Laufenden Rechnung. Das ist das Element 1 gemäss dem GPK-Präsidenten. Die prognostizierten, bescheidenen Bruttoertragsüberschüsse - 2,8 Mio. Franken sagte der GPK-Präsident - sind 'Turtur-Überschüsse'.

Sie erinnern sich sicher an den Scheinriesen Herr 'Turtur' in 'Jim Knopf...'. Die Ertragsüberschüsse verwandeln sich nämlich in Aufwandüberschüsse, in Defizite, wenn wir korrekt mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Minimalsatz von 8% vom Restbuchwert abschreiben.

Ich reichte heute eine Interpellation zur Abschreibungspraxis ein, damit wir dieses Thema gesamthaft losgelöst von der Budgetdebatte diskutieren können. Ich habe auch bereits verzichtet, eine mündliche Begründung abzugeben, da wir heute genug zu reden haben. Das Ganze liegt in schriftlicher Form vor.

Entscheidend für die heutige Debatte ist aber, dass wir uns mit den Ergebnissen der Laufenden Rechnungen im Finanzplan auseinandersetzen, die auf genügenden Abschreibungen beruhen. 'Genügend' heisst eben mindestens entsprechend den gesetzlichen Mindestabschreibungssätzen. Der Einfachheit halber habe ich bei der Stadt gefragt, wie es sich mit 8% verhält und nicht abgestuft. Und dann sieht es eben ein bisschen anders mit diesen gesetzlich vorgeschriebenen Abschreibungssätzen aus - das sind keine Empfehlungen. Dann kommen wir eben im Finanzplan 2013 auf 5,2 Mio. Franken notwendige Abschreibungen und auf ein Defizit von 2,9 Mio. Franken.

Im Finanzplan 2014 sind es dann 6,1 Mio. Franken Abschreibungen bzw. ein Defizit von 3,3 Mio. Franken. Im Finanzplanjahr 2015 beträgt das Defizit etwa gleichviel, nämlich 3,4 Mio. Franken, bei erforderlichen und notwendigen 6,7 Mio. Franken Abschreibungen.

Die Stadt hat also ein strukturelles Defizit in der Grössenordnung von 3 Mio. Franken und das mit dem geplanten Steuerfuss von 60%. Mit der Beibehaltung des aktuellen Steuerfusses von 63% würde das Defizit etwa halbiert. Eine ausgeglichene Rechnung würde einen Steuerfuss von 66% erfordern. Nicht berücksichtigt sind in diesen Zahlen mögliche weitere Belastungen. Diese sind zum Teil aufgezählt worden: Pflegefinanzierung, mögliche Steuergesetzrevisionen, allenfalls deutlich höhere Zinsenlast wegen des hohen Fremdkapitalbedarfs, Sparprogramme von Bund und Kanton, die immer auf die Gemeinden durchschlagen. Solche Sparprogramme werden allenthalben angekündigt.

Auf der anderen - das Element 2 - steht die Stadt vor beträchtlichen Investitionen. Brutto- und Nettoinvestitionen in der Finanzplan-Periode sind im Jahresdurchschnitt viel höher als in allen drei Jahresperioden seit 2003. Dies ersieht man aus der Grafik auf Seite 17 des Finanzplans.

Der Stadtrat spricht von wichtigen Stadtentwicklungsprojekten. Er macht zudem darauf aufmerksam, dass möglicherweise die 'Alte Kaserne' - wahrscheinlich noch nicht in dieser Finanzplanperiode - und die Umsetzung des Richtplans mit der sogenannten Stadtentlastungs-

strasse - dazu hat man vor drei bis vier Monaten aus der Ratsmitte gehört, dass diese eher heute als morgen gebaut werden soll und somit Kosten von rund 70 Mio. Franken auf die Stadt zukommen würden, die auch irgendwie finanziert werden müssen -, nicht mitberücksichtigt sind.

Natürlich ist das nur eine Planung, aber wenn wir zurückschauen, wurde im Wesentlichen, das was geplant wurde, auch investiert. Ein Teil ist sowieso gebunden und auch sonst wurde praktisch alles tatsächlich investiert, ausser im Falle der 'F21'. Wie es sich dann bei der 'F22' verhält, wird man sehen. Die ist auch noch nicht im vorliegenden Finanzplan enthalten.

Man kann nun aber nicht einfach sagen, 'die Suppe würde nicht so heiss gegessen'. Vielleicht wird das eine oder andere herausgestrichen. Bis jetzt habe ich aber noch von niemanden etwas Substantielles hinsichtlich einiger Mio. Franken gehört, die nicht investiert werden sollten. Kommt hinzu, dass wirtschaftlich eher härtere Zeiten angesagt sind. Dies sagt auch der Stadtrat, und es steht auch so in der Botschaft zum Voranschlag. Bis anhin wurde immer gute antizyklische Politik betrieben und da sollte man die sinnvollen Investitionen - gemeint sind nicht Skisprunganlagen auf der Grossen Allmend - nicht kürzen. Hier glaube ich nicht, dass man gross kürzen kann. Sicher muss dies noch bewilligt und angeschaut werden. Das werden wir auch machen!

Ohne diese zusätzlichen Investitionen (Kaserne etc.) haben wir ein Nettoinvestitionsvolumen von 42,5 Mio. Franken in der genannten Finanzplanperiode. Dafür braucht die Stadt 46 Mio. Franken. Dieser Betrag wird im Finanzplan als 'Fremdkapitalbedarf' bezeichnet. Ich würde vorschlagen, zukünftig besser von 'Finanzierungsfehlbetrag' zu sprechen. Einen Teil dieses Bedarfs kann die Stadt aus ihren liquiden Mitteln bestreiten, solange wir noch ein Nettovermögen aufweisen. 'Nur' einen Teil muss sie als Fremdkapital tatsächlich beschaffen. Beides verringert aber das Nettovermögen, belastet aber hingegen die Laufende Rechnung unterschiedlich (Wegfall von Aktivzinsen bzw. neue Passivzinsen).

Wenn wir das Budgetjahr 2012 dazu nehmen, dann steigt der Finanzierungsfehlbetrag auf insgesamt 56 Mio. Franken, das heisst in den nächsten vier Jahren müssen wir durchschnittlich jedes Jahr Schulden von 16,5 Mio. Franken, abzüglich sinnvoll verfügbare liquide Mittel machen. Ich erinnere daran, dass bereits für 2011 ein Finanzierungsfehlbetrag von über 9 Mio. Franken geplant war.

Wir können also diese Investitionen nicht mehr finanzieren. Ich verweise auf die Ausführungen des GPK-Präsidenten. Wir haben einen durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad von deutlich unter 30% und auch immer noch bei etwa 30%, wenn wir das Voranschlagsjahr 2012 dazunehmen.

Auch wenn wir davon ausgehen, dass wir nicht alle Investitionen tätigen, und mit 90% der Brutto-Investitionen rechnen, sieht es nicht viel besser aus. Dann reduziert sich der Finanzierungsfehlbetrag der nächsten vier Jahre reduziert um etwa 9 Mio. auf 47 Mio. Franken.

Der Stadtrat betont die gute finanzielle Situation der Stadt. Er begründet diese im Wesentlichen oder eigentlich einzig mit dem vorhandenen Nettovermögen. Rund 49 Mio. Franken gemäss Rechnung 2010 sind in der Tat einen stolze Summe. Ende 2011 sollen es geschätzt 45 Mio. Franken sein.

Auch wir sind der Meinung, dass ein so hohes Nettovermögen nicht anzustreben ist. Wir sind auch mit der vom Stadtmann vorgegebenen Zielgrösse von 15 bis 20 Mio. Franken einverstanden. Das heisst, wir haben ein Polster, das man abbauen darf und das ist natürlich schön.

Aber, meine Damen und Herren, der Clou ist, dass dieses Nettovermögen gemäss den Zahlen im Finanzplan schmilzt wie Schnee an der Sonne. Dann ist alles grün, wie es jetzt überall in den Bergen ist.

Zur Entwicklung des Nettovermögens: Dieses geht dann von 45 Mio. Franken - das ist die Zahl gemäss Stadtrat Ende 2011 - auf 34,5 Mio. Franken, dann auf 22 Mio. Franken und auf 1,4 Mio. Franken im Finanzplan 2014 sowie im Finanzplan 2015 auf minus 11,8 Mio. Franken zurück. Wenn wir nur mit 90% rechnen, sind es 36,3 Mio. Franken auf Ende 2012, 26 Mio. Franken auf Ende 2013, 8,3 Mio. Franken auf Ende 2014 und minus 3 Mio. Franken auf Ende 2015. Dabei sind die Werke und das AZP nicht berücksichtigt. Die Schulden der Werke sind nicht so schlimm. Die können schon für sich schauen. Das geht schon auf. Aber die Schulden des AZP, die werden immer die Stadt belasten. Das ist so konstruiert und vorgesehen. Also müssten wir eigentlich 29 Mio. Franken Schulden zusätzlich berücksichtigen, mindestens aber die 19 Mio. Franken, wenn wir noch die 10 Mio. Franken der Werkbetriebe wieder aufrechnen.

Dann haben wir schon in Kürze das Nettovermögen aufgebraucht. 2013 oder 2015 wird es in dem Bereich sein, den der Stadtmann als Ziel angegeben hat - ohne Berücksichtigung des AZP. In konsolidierter Betrachtung ist dies schon in einem Jahr der Fall, meine Damen und Herren. In einem Jahr wird bei konsolidierter Betrachtung das Nettovermögen im Bereich sein, den der Stadtrat als Zielvorgabe gegeben hat. Ende 2014 oder 2015 wird es aufgebraucht sein, konsolidiert betrachtet bereits 2013, praktisch bis auf ein Paar zerquetschte Millionen. Und das ist nicht das, was wir wollen. Mindestens war das bisher in diesem Rat Konsens, dass wir in der Stadt Frauenfeld ein Nettovermögen aufweisen wollen.

Wir haben auch immer stolz von einem gewissen Sonderstatus/Sonderfall etc. gesprochen und wenn wir dies so behalten wollen, dann müssen wir tatsächlich aufpassen. Dann steht aber eine Steuerfussenkung völlig quer in der Landschaft!

Es stellt sich natürlich die Frage, wie es denn nach 2015 weitergehen soll. Wir können diese aufgezeigte Entwicklung nicht beliebig weiter verkraften und weitere wichtige, grosse Investitionen stehen wie angekündigt an.

Ich beschränke mich dieses Jahr auf zwei konkrete Fragen an den Stadtrat:

1. *Wie will der Stadtrat eine ausgeglichene Rechnung erreichen?*
2. *Wann?*

### **Schlussfolgerung und Zusammenfassung**

Die Zahlen des Finanzplans und des Voranschlags - es sind also die Zahlen des Stadtrates, nicht der Fraktion CH/Grüne/GLP; wir machen sie Ihnen nur bewusst - diese Zahlen zeigen also klar und deutlich zwei Punkte auf:

1. Die Senkung des Steuerfusses kann nicht mit der guten finanziellen Situation, sprich mit dem Nettovermögen, begründet werden, weil wir das Nettovermögen für die geplanten Investitionen, für die hohen Finanzierungsfehlbeträge brauchen.
2. Die Stadt hat für die gesamte Finanzplanperiode ein Defizit, das eine weitere Senkung des Steuerfusses nicht zulässt. Danke."

**Gemeinderat Bruno Diethelm:** "Es fällt mir schwer, nach diesen 'Schwarzmalereien' einen positiven Überblick über den Finanzplan zu geben.

Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU zu den Finanzplänen 2013 bis 2015 der Stadt, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park.

Der Präsident der GPK Finanzen und Administration hat Ihnen in seinem Votum bereits ausführlich über den Inhalt und die Bewertung der vorliegenden Finanzpläne Auskunft gegeben.

Ich beschränke mich deshalb auf ein paar für unsere Fraktion wichtige Punkte und möchte diese nochmals unterstreichen:

### ***Finanzplan Stadt***

Finanzpläne dienen der Exekutive wie gehört als Führungsinstrument. Unser Rat nimmt sie lediglich zur Kenntnis und kann daraus die Marschrichtung des Stadtrates nachvollziehen.

Mit Aufwand und Erträgen von rund 72,5 Mio. Franken im Voranschlag 2012 steigen diese kontinuierlich und sind im Finanzplan 2015 mit 76,7 Mio. Franken angegeben.

Für ordentliche Abschreibungen bleiben:

- im Budget 2011            1,88 Mio. Franken;
- im Finanzplan 2015    3,31 Mio. Franken.

Dies entspricht Abschreibungssätzen von 3,4 bis 3,6% der Restbuchwerte, zugegeben nicht berauschend.

Unsere Fraktion ist sich bewusst, dass die Abschreibungssätze rund 5% unter dem im Rechnungsmodell vorgegebenen Wert liegen. Wir sind uns im Weiteren bewusst, dass die vorliegende Finanzplanung in den nächsten Jahren ein massives Absinken des Nettovermögens zur Folge hat. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass die heutige Höhe eben dieses Nettovermögens die Vorgehensweise des Stadtrates in den nächsten Jahren zulässt.

In Anbetracht der vorerwähnten Ausführungen fordert die Fraktion FDP/SVP/EDU den Stadtrat auf, für die kommenden Budgets die Investitionen auf das Nötige, das Machbare und weniger auf das Wünschbare auszurichten, auch im Wissen, dass die Stadt über ein beachtliches Vermögen verfügt.

Die Fraktion FDP/SVP/EDU nimmt die Finanzpläne 2013 bis 2015 in zustimmendem Sinn zur Kenntnis."

**Gemeinderat Herbert Vetter:** "Ich spreche im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaft/Juso zum Finanzplan 2013 bis 2015.

Wir nehmen vom Finanzplan Kenntnis, sind jedoch - schon wieder - nicht glücklich darüber. Ich wiederhole mich aber nicht, keine Angst.

Mit den für die Jahre 2012 bis 2015 geplanten Abschreibungssätzen von 3,4% bis 3,6% sind wir gar nicht einverstanden. Diese müssen auf mindestens 8% erhöht werden. Es dürfen in Zukunft nicht mehr einfach die Abschreibungssätze gesenkt werden, damit die Stadt Frauenfeld kein Defizit ausweisen muss.

Hohe Investitionen werden in Zukunft kommen. Wir haben es bereits vorhin gehört. Der Fremdkapitalbedarf für die vorliegende Finanzplanperiode beträgt rund 46 Mio. Franken. Somit können die aus unserer Sicht wichtigen Investitionen nicht über das vorhandene Eigenkapital finanziert werden. Das Vermögen unserer Stadt schwindet schnell. Hier ist Weitsicht gefragt, damit wir im Voranschlag 2013 oder 2014 nicht eine Steuerfusserhöhung machen müssen. Besten Dank."

Seitens des Rats wird das Wort nicht mehr verlangt. Der **Ratspräsident** hält fest, dass der Rat somit gemäss Antrag auf Seite 1 des Finanzplans die Finanzpläne der Stadt Frauenfeld und der Werkbetriebe zur Kenntnis nimmt.

28

## **VORANSCHLAG DER STADT FRAUENFELD FÜR DAS JAHR 2012**

*Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung*

Botschaft Nr. 4 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 4. Oktober 2011

**Gemeinderatspräsident Michael Lerch:** "Die Unterlagen zu diesem Geschäft wurden uns termingerecht im grauen Budgetordner zugestellt. Der Voranschlag umfasst die Register 1 bis 10, wobei die einzelnen Unterlagen gemäss dem Titelblatt im Budgetordner ersichtlich sind. Dieses Jahr ist nach aktueller Gemeindeordnung Art. 31 Abs. 1 lit. a unser Gremium zum zweiten Mal abschliessend zuständig für die Beratung und Genehmigung des jährlichen Voranschlages mit dem Steuerfuss. Wir werden die Unterlagen seitenweise durchberaten, um unsere neue Kompetenz pflichtbewusst und nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen.

Zuerst werden wir mit der Eintretensdebatte beginnen. Danach folgt die materielle Beratung innerhalb der einzelnen Verwaltungsabteilungen, wobei wir die Laufende Rechnung in Register 2 jeweils zuerst unter die Lupe nehmen werden, anschliessend dann die Investitionsrechnung im Register 3. Dafür werde ich jeweils den GPK-Sprechern als Erstes das Wort zu den einzelnen Verwaltungsabteilungen geben. Danach steht das Wort dem Rat zu den einzelnen Abteilungen und deren Konten offen. Ich bitte Sie, bei allfälligen Wortmeldungen Seitenzahl, Kontogruppe und Kontonummer zu erwähnen.

Auf dem Programm steht dann des Weiteren die Beratung des Voranschlags der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park, sowie der weiteren Register."

Seitens des Rates liegen keine Einwände zu diesem Vorgehen vor.

## Eintreten

**Gemeinderat Matthias Hotz**, Präsident der GPK Finanzen und Administration: "Für meine Ausführungen zum Eintreten auf die Voranschläge für das Jahr 2012 kann ich an meine Ausführungen zum Finanzplan anknüpfen.

Die Stadt Frauenfeld verfügt weiterhin entgegen diesen düsteren Aussichten, die wir soeben gehört haben, über eine sehr gesunde Finanzlage und der Stadtrat kann einmal mehr, trotz einem wieder etwas raueren Umfeld und der beantragten Steuersenkung von 3%, ein solides und ausgeglichenes Budget vorlegen. Der Stadtrat budgetiert bei der Stadtrechnung bei einem Umsatz von knapp 73 Mio. Franken einen Bruttoertragsüberschuss von allerdings nur noch rund 1,9 Mio. Franken. Dies ist im Vergleich der Vorjahre zwar nicht glänzend und unterdurchschnittlich, aber ich meine durchaus passabel. Im Vergleich zum Voranschlag für dieses Jahr reduziert sich der Bruttoertragsüberschuss damit um rund 1,2 Mio. Franken. Auch der Abschreibungssatz mit 3,4% vom Restbuchwert bewegt sich im mehrjährigen Vergleich an der untersten Grenze. Dabei ist aber insbesondere zu beachten, dass die Laufende Rechnung für dieses Jahr offenbar sehr gut aussieht und selbst gemäss Voranschlag der Stadt für dieses Jahr noch ein Nettovermögen auf Ende Jahr von rund 45 Mio. Franken vorhanden sein sollte. Ich gehe davon aus, dass es mehr sein wird.

Zur Aufwandseite: Der **Aufwand** der Stadtverwaltung nimmt gegenüber dem Voranschlag für dieses Jahr um satte 2,3 Mio. Franken oder 3,4% zu. Diese Mehraufwendungen fallen vor allem beim Personalaufwand an, einerseits durch die Besoldungsanpassung von grosszügigen 2% und andererseits durch zusätzliche Stellen. Obwohl bei der Stadt meines Wissens nach wie vor ein freiwilliger Personalstopp im Rahmen des Gesamt-Stellenplans gilt, hat der Stadtrat sich entschlossen, insgesamt 200 Stellenprozente aufzustocken. Es entsteht der Eindruck, dass der Stadtrat, trotz der von ihm unter dem Druck des Gemeinderates beantragten Steuersenkung für das nächste Jahr, recht grosszügig budgetiert hat. Der Stadtrat wird deshalb weiterhin aufgefordert, auch Sparpoten-

tial aufzuzeigen und vor allem angesichts der aktuell wechselhaften Wirtschaftslage in den laufenden Rechnungen auf die Ausgabenbremse zu treten.

Zur Ertragsseite: Auch beim **Ertrag** der Stadtverwaltung ist trotz der berücksichtigten Steuersenkung eine Zunahme von knapp 1,2 Mio. Franken oder rund 1,7% gegenüber dem Voranschlag für dieses Jahr budgetiert. Dies resultiert vor allem aus den Entgelten, den Rückerstattungen und den Entnahmen aus den Spezialfinanzierungen. Dabei sei an dieser Stelle einmal mehr erwähnt, dass die Steuereinnahmen nicht einmal die Hälfte der gesamten Einnahmen allein der Stadtverwaltung ausmachen.

Damit komme ich zu den Investitionen: Bei der **Investitionsrechnung** der Stadt fallen per Saldo sehr hohe Nettoinvestitionen von rund 10 Mio. Franken an. Damit leistet sich die Stadt, aufgrund der guten Finanzlage und des komfortablen Eigenkapitals, im Mehrjahresvergleich weit überdurchschnittliche Investitionen. Diese führen deshalb zu einer deutlichen, aber bewusst in Kauf genommenen Abnahme des Nettovermögens. Aber auch hier ist daran zu erinnern, dass alle diese Investitionen wie bereits zum Finanzplan erwähnt, ab 300'000 Franken mit separaten Botschaften noch dem Gemeinderat zu unterbreiten sind, soweit dies nicht Unterhalt von Strassen, Kanalisationen und betriebsnotwendige Anlagen der Werkbetriebe betrifft.

Der Selbstfinanzierungsgrad liegt gemäss Voranschlag im kommenden Jahr deshalb nur noch bei 33%, das ist weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Werts von rund 80% in den letzten zehn Jahren. Der Selbstfinanzierungsanteil liegt ebenfalls bei verhältnismässig tiefen 6,9%, bei durchschnittlich rund 11% in den letzten zehn Jahren. Das geschätzte Nettovermögen der Stadt sollte sich dementsprechend per Ende 2012 auf voraussichtlich rund 40 Mio. Franken verringern. Dabei muss aber betont werden, dass dies alles vor allem durch die bewusst veranschlagten sehr hohen und weit überdurchschnittlichen Investitionen bedingt ist, was sich die Stadt wie erwähnt aufgrund des nach wie vor sehr stolzen Nettovermögens vorläufig auch leisten kann.

Damit komme ich zu den Werkbetrieben: Beim **Voranschlag der Werke** erhöhen sich im Vergleich zum Voranschlag 2011 die laufenden Kosten um 7,2% und die Erträge um 6,7%. Bei einem Gesamtumsatz von rund 58 Mio. Franken können die Werke eine ausgeglichene laufende Rechnung im Voranschlag mit einem Bruttoertragsüberschuss von rund 2,8 Mio. Franken vorlegen. Dieser Bruttoertragsüberschuss ist um über 400'000 Franken höher als derjenige des Voranschlages des laufenden Jahres.

Bei der **Investitionsrechnung der Werkbetriebe** sind die budgetierten Nettoinvestitionen mit fast 7,2 Mio. Franken ebenfalls weit überdurchschnittlich. Auch hier wird im nächsten Jahr somit kräftig investiert. Dementsprechend werden die Restbuchwerte zunehmen. Dennoch kann auch bei den Werkbetrieben weiterhin eine sehr gesunde Finanzlage festgestellt werden, wenn auch dort gilt, an einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik festzuhalten.

Zuletzt noch zur separaten Rechnung des Alterszentrums Park: Beim **Alterszentrum Park** ergeben sich gegenüber dem Voranschlag für dieses Jahr Zunahmen beim Aufwand von rund 3,8% und beim Ertrag von rund 8,2%. Bei einem Gesamtumsatz von rund 17,2 Mio. Franken wird mit einem ansehnlichen Bruttoertragsüberschuss von rund 1,1 Mio. Franken gerechnet. Im kommenden Jahr sind offenbar keine massgebenden Investitionen vorgesehen. Auch das Alterszentrum Park ist damit gut auf Kurs.

Nebst der Beurteilung über die Genehmigung des Budgets hat der Gemeinderat gemäss Botschaft zudem über die **Individuellen Besoldungsanpassungen** von beantragten 2% der Gesamtlohnsumme zu beschliessen. Diese grosszügige Besoldungsanpassung, die der Stadtrat vorschlägt, steht in der heutigen Zeit etwas quer in der Landschaft und hat vielerorts zu einigem Stirnrunzeln geführt. Der Stadtrat begründet diesen Schritt mit einem aufgelaufenen Nachholbedarf und entsprechenden Unzufriedenheiten beim Personal. Allenfalls werden wir dazu heute von verschiedenen Seiten noch mehr hören. Die GPK Finanzen und Administration hat dem Antrag bezüglich dieser Besoldungsanpassung auf jeden Fall einstimmig zugestimmt.

Zu guter letzt komme ich nochmals kurz auf den **Steuerfuss** zu sprechen: Die GPK Finanzen und Administration hat in diesem Frühling in zwei Sitzungen zusammen mit dem Stadtammann, dem Finanzchef und dem neuen Chef des Steueramtes die Situation bei den Steuern und die Frage einer Steuersenkung für das Jahr 2012 eingehend geprüft. Die GPK hatte dabei in ihre Betrachtung ebenfalls den Finanzplan, das sehr hohe Nettovermögen und die neue Gemeindeordnung einfliessen lassen. Die GPK hat bei unserer Rechnungssitzung im Frühling dann hier zum Ausdruck gebracht, dass sie einhellig der Meinung ist, dass der Stadtrat eine Steuersenkung zu prüfen hat. Wenn ich mich richtig erinnere - ich habe dies nicht in den Protokollen überprüft -, war diese Meinung bei unserer Rechnungssitzung im Frühling auch quer durch alle Fraktionen zu vernehmen. Der Stadtrat hat nun entsprechend seine Hausaufgaben gemacht und schlägt eine weitere massvolle Senkung von 3% für das nächste Jahr vor - dies vor allem vor dem Hintergrund des sehr hohen Nettovermögens der Stadt. Damit soll dem Bürger quasi wieder etwas zurück gegeben werden, was von ihm allenfalls zu viel bezogen wurde. Es gibt aber mit Blick auf den neuen Finanzplan und die darin enthaltenen überdurchschnittlich hohen Investitionen nun auch kritische Stimmen zu dieser Steuersenkung, wie wir es soeben von Gemeinderat Peter Hausammann gehört haben. Dazu möchte ich folgendes zu bedenken geben: Wie ich es bereits beim Finanzplan ausgeführt habe, sind diese hohen Investitionen vorläufig ein reines Wunschkonzert und über alle massgeblichen Investitionen muss der Stadtrat wie erwähnt noch eine separate Botschaft vorlegen und es muss dann noch darüber entschieden werden. *Wir* haben es also in der Hand. Und meine Erfahrung in den letzten Jahren hat gezeigt, dass die Finanzpläne und Voranschläge naturgemäss immer recht pessimistisch aufgesetzt waren und die Rechnungsabschlüsse jeweils immer bedeutend besser ausfielen. In der GPK wurde diese vom Stadtrat beantragte Reduktion des Steuerfusses nach sehr eingehender Diskussion denn auch mit 4 zu 3 Stimmen gutgeheissen.

Abschliessend weise ich der guten Ordnung halber noch auf zwei Verschiebe im letzten Absatz auf S. 27 der Botschaft hin: Es geht dort um die Voranschläge für das Jahr 2012

(und nicht 2011) - und die Referendumsfrist läuft gemäss neuer Gemeindeordnung bis am 16. Januar 2012 (und nicht wie dort geschrieben bis 3. Januar 2012).

Damit komme ich ganz zum Schluss und ich möchte *danken*. Ich danke im Namen aller drei GPKs dem Stadtrat, dem Finanzchef sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für die einmal mehr mit grossem Aufwand sorgfältig erarbeiteten Unterlagen für ausgewogene Voranschläge für das kommende Jahr.

Die GPK Finanzen und Administration beantragt Ihnen deshalb einstimmig Eintreten auf die Voranschläge der Stadt und der Werkbetriebe, der Gemeinderat ist ohnehin dazu verpflichtet. Besten Dank."

**Gemeinderat Bruno Diethelm:** "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU zum Eintreten auf die Voranschläge 2012 der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park.

Unsere Fraktion hat die umfangreichen Unterlagen zu den eingangs erwähnten Voranschlägen im Detail behandelt.

### ***Voranschlag 2012 der Stadtverwaltung***

Mit einem Gesamtaufwand von 72,5 Mio. Franken und einem Gesamtertrag in gleicher Höhe wird uns ein ausgeglichener Voranschlag 2012 präsentiert.

Der Stellenplan wird wie gehört um 2,7%-Stellen nach oben angepasst. Ausser einer Vollzeitstelle bei den Einwohnerdiensten handelt es sich bei den übrigen Stellenanpassungen vorwiegend um Pensenerhöhungen und Teilzeitanstellungen zur Bewältigung von immer komplexer werdenden Aufgaben in der Stadtverwaltung.

Viel zu reden gab in unserer Fraktion die vom Stadtrat vorgeschlagene individuelle Besoldungserhöhung für das Personal der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des AZP. Sie wird 2% der Lohnsumme betragen und ist in den vorliegenden Budgetzahlen enthalten. Für Teuerungsausgleich und Betriebserfahrungszuschläge sind jeweils weitere 0,5% der Lohnsumme im Budget 2012 eingestellt. Die gesamten Besoldungen der Stadt erhöhen sich gegenüber dem Voranschlag 2011 um 677'000 Franken. Wir nehmen heute zur Kenntnis, dass mit Stadtratsbeschluss Nr. 300 vom 8. November 2011 aufgrund des Indexstandes per Ende Oktober 2011 kein genereller Teuerungsausgleich per 2012 ausgerichtet wird. Mit individuellen Lohnerhöhungen von 2% will der Stadtrat vor allem langjährige Mitarbeitende, welche in ihren Einstufungen an der obersten Lohnskala anstehen, für gute Leistungen belohnen können. Anstehende Personalvakanz können mit dieser Massnahme in Zukunft ebenfalls besser an vergleichbare Lohnniveaus der Privatwirtschaft angepasst werden, selbstverständlich ohne diese zu konkurrenzieren.

Die Mehrheit unserer Fraktion wird dem Antrag 1 der Botschaft zustimmen und hofft, dass es dem Stadtrat gelingt, die gemäss der vor kurzem durchgeführten Personalbefragung etwas angeschlagene 'Personalzufriedenheit' wieder herzustellen, ganz nach dem Leitsatz: *Gute, motivierte und zufriedene Mitarbeitende sind das Kapital eines jeden Betriebs*. Anlässlich der

Beratung der Rechnung 2010 wurde der Stadtrat aufgefordert, eine weitere Senkung des Gemeindesteuerfusses für den Voranschlag 2012 zu prüfen und vorzunehmen. Erfreut hat unsere Fraktion die erneute Reduktion des Steuerfusses um 3% aufgenommen. Nach eingehender Diskussion und mit Blick auf den vorliegenden Finanzplan 2013 bis 2015 werden wir dem neuen Steuerfuss von 60% zustimmen.

Gegenüber dem Voranschlag 2011 stellen wir bei den Aufwandsposten eine Zunahme von 3,4% und bei den Erträgen eine Zunahme von 1,7% fest.

Der Bruttoertragsüberschuss ist mit 1,888 Mio. Franken veranschlagt und ist, wie schon bei meinen Ausführungen zum Finanzplan erwähnt, nicht berauschend.

### ***Voranschlag 2012 der Werkbetriebe***

Mit einem Umsatz von 58,7 Mio. Franken budgetieren die Werkbetriebe ordentliche Abschreibungen von 2,77 Mio. Franken und beim Wasserwerk zusätzlich nochmals 60'000 Franken. Die drei Werke planen Nettoinvestitionen in der Höhe von 7,18 Mio. Franken. Sie liegen dabei rund 4 Mio. Franken über dem Voranschlag 2011.

Die Fraktion FDP/SVP/EDU nimmt vom guten Voranschlag der Werkbetriebe Kenntnis und wird diesem zustimmen. Die städtischen Werke mit einem Restbuchwert von 12,7 Mio. Franken und einem vorbildlich unterhaltenen Versorgungsnetz stehen auch weiterhin auf sehr guten Beinen.

### ***Voranschlag 2012 des Alterszentrums Park***

Auch im dreiteilig gegliederten Voranschlag des Alterszentrums Park rechnet man mit Aufwendungen und Erträgen von rund 17,2 Mio. Franken und präsentiert uns einen ausgeglichenen Voranschlag. Der Bruttoertragsüberschuss beträgt hier rund 1,1 Mio. Franken.

Unsere Fraktion nimmt auch dieses Budget erfreut zur Kenntnis und wird diesem zustimmen. Hier habe ich noch eine Bemerkung anzubringen: Es ist unserer Fraktion wichtig, dass die schon seit längerer Zeit pendenten Stellvertreterregelungen der Schlüsselstellen im AZP angegangen werden.

### ***Ich komme zum Schluss:***

Wir möchten uns beim Stadtrat, bei den verantwortlichen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für die Ausarbeitung des Voranschlags 2012 ganz herzlich bedanken. Einen grossen Dank geht an den Finanzchef Ruedi Studer, der einmal mehr sehr gute und fundierte Unterlagen erarbeitet hat.

Die Fraktion FDP/SVP/EDU ist einstimmig für Eintreten und wird den drei Voranschlägen 2012 mit einem erneut um 3% reduzierten Gemeindesteuerfuss mehrheitlich zustimmen."

**Gemeinderat Pascal Frei:** "Ich spreche im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso zum Eintreten zum Voranschlag 2012.

Intensiv hat auch unsere Fraktion die Voranschläge durchberaten. Dabei konnten wir diese als Ganzes grundsätzlich wohlwollend aufnehmen. Das Eintreten ist deshalb auch unbestritten.

Als kontrollierendes Organ sind uns aber der tiefe Abschreibungssatz der Stadt und die Steuersenkung ein Dorn im Auge. Bereits in der Debatte vor einem Jahr wurde der damalige Abschreibungssatz im Voranschlag der Stadt von 5,6% als 'erschreckend tief' und 'historisch' betitelt. Schade also, dass wir dieses Jahr erneut wieder über den gleichen Punkt diskutieren mussten und müssen. Klar ist uns natürlich, dass es noch verkraftbar ist, den Abschreibungssatz so tief zu halten. Wir sind uns aber auch bewusst, dass man nicht nur dieses Jahr anschauen kann. Der Stadtrat macht dies mit dem Finanzplan, uns aber ist dazu kein Instrument gegeben. Deshalb fordern wir hier, dass in der GPK Finanzen und Administration wie angedacht eine Grundsatzdiskussion über einen verbindlichen Abschreibungssatz geführt wird oder hier im Rat mit dem Vorstoss Hausammann.

Wenn wir nun auch noch eine Steuersenkung von 3% - welche wir letztes Jahr übrigens in der gleichen Höhe bereits schon gemacht haben - dazu vorgelegt bekommen, wirft dies schon einige Fragen auf. Vor allem, wenn wir wissen, dass nächstes Jahr, aber auch in den darauf folgenden Jahren teils erhebliche Investitionen auf uns zukommen. Wir finden es unnötig, in zwei Jahren bereits wieder über eine Erhöhung des Steuersatzes zu diskutieren. Um eine Stadt von der Grösse Frauenfelds am Laufen zu halten, sind die absehbaren Investitionen nötig und nicht einfach auf die Jahre danach verschiebbar. Seien das Erneuerungen im Tiefbau oder der Neubau des Gaswerks im Zelgli, welche mit 1,9 Mio. Franken zu Buche schlägt. Auch finden wir die Erhöhung des Personalaufwandes im AZP nach der Erhöhung der Pflegekosten konsequent. Die allgemeine Besoldungserhöhung bei den Stadtangestellten finden wir fair, wenn schon über eine Steuersenkung gesprochen wird.

Zusammenfassend kann ich also nochmals sagen, dass unsere Fraktion die bittere Pille der tiefen Abschreibung dieses Jahr nochmals ohne Antrag schlucken wird, aber die Diskussion vor dem nächsten Voranschlag nochmals geführt werden muss. Mit der Steuerfussenkung können wir uns nicht einverstanden erklären, da das Umfeld dazu nicht stimmt. Wir waren auch für eine Prüfung, wie der GPK-Präsident vorher erwähnt hat, aber unserer Prüfung hat sie leider nicht standgehalten.

Zum Schluss möchte ich aber trotzdem noch allen am Voranschlag Beteiligten für ihre detaillierte und umfangreiche Arbeit danken."

**Gemeinderat Christoph Regli:** "Ich spreche im Namen der CVP-/EVP-Fraktion zu den Voranschlägen für das Jahr 2012

Die Zahlen hat der GPK-Sprecher bereits gut zusammengefasst, weshalb ich sie hier nicht wiederhole. Wir haben aber einige Vorbemerkungen, die zum Teil Zusammenzüge und zum Teil auch einzelne Budgetposten betreffen. Unseres Erachtens ist es aber sinnvoll, dies in der Einleitung zu erwähnen, damit nachher nicht ein 'Geläuf' entsteht. Deshalb diese Vorbemerkungen.

### **318 - Dienstleistungen und Honorare**

Hier handelt es sich eben um ein so zusammengezogenes Konto in der Artengliederung.

Vorerst stellen wir einfach fest, dass es bei den Dienstleistungen und Honoraren gegenüber der Rechnung 2010 eine Zunahme von fast 1,1 Mio. Franken respektive 16% gibt.

Positiv finden wir es, wenn damit vorübergehend Aufgaben durch Aussenstehende erledigt werden, um Stellen zu verhindern, die nachher nicht mehr nötig sind, respektive so lange dies unklar ist, ob sie nötig sind. Geschaffene Stellen würden eher nicht mehr gestrichen.

Dabei muss aber unbedingt zuerst hinterfragt werden, ob diese Aufgaben nicht mit eigenen Kräften erledigt werden könnten - allenfalls durch Verlagerungen auf andere Mitarbeiter oder Überprüfungen von Aufgaben.

Wir werden jedenfalls vermehrt ein Augenmerk darauf legen, ob es nicht Aufgaben sind, die früher selber erledigt wurden weil

- es einfacher und weniger zeitaufwändig ist oder
- man sich einfach nicht die Finger verbrennen will.

Zu beachten ist auch die Frage, ob es überhaupt Aufgaben sind, die durch die Stadt erledigt werden müssen.

Jedenfalls bestätigt uns dieser Posten mit den verschiedenen Projekten auch darin, dass wir einen unnötig hohen Steuerfuss haben.

### **Steuerfuss**

Für uns ist die Steuersenkung im beantragten Rahmen überhaupt keine Frage! Wir haben dies im Rahmen der Abnahme der Rechnung im Frühling schon deutlich gefordert und der vorliegende Voranschlag gibt uns recht. Es gibt viele Gründe, die dafür sprechen:

1. Die Finanzpläne gehen vom WORST CASE aus.
2. In den Jahren 2009 und 2010 wurden auch trotz massiv höheren Abschreibungen als budgetiert bessere Abschlüsse erarbeitet.
3. Es sind hohe Reserven im Budget vorhanden. Man wurde noch nicht oder erst wenig dazu gezwungen, zu hinterfragen, welche erledigten Aufgaben auch zwingend durch die Stadt zu erledigende Aufgaben sind.
4. Wir haben uns markant für die neue Gemeindeorganisation eingesetzt und dabei immer wieder die Begründung herangezogen, dass die Delegation der Voranschlag-Kompetenz an den Gemeinderat dazu führt, dass man leichter Steuersenkungen durchzieht, da man bei Bedarf auch schneller wieder erhöhen kann.

5. Setzen wir also ein Zeichen und senken wir den Steuerfuss so weit wie möglich - immerhin ist der Steuerfuss für gute Steuerzahler ein wichtiges Kriterium, ob man nach Frauenfeld zieht oder allenfalls wegzieht. Frauenfeld ist zudem interkantonal relevant, da die Steuerfüsse der Hauptstädte verglichen werden. Das Image 'steuergünstiger Thurgau' ist dafür dankbar.
6. Dank vorsichtiger Bewertungen haben wir im Finanzvermögen auch noch Reserven.
7. Wir sehen aktuell keinen höheren Abschreibungsbedarf im Verwaltungsvermögen.

### **Lohnerhöhungen**

Wir haben diese Frage intensiv diskutiert und sind der Meinung, dass die Angestellten der Stadt Frauenfeld einen guten Arbeitgeber haben und damit von verschiedenen Vorteilen profitieren, beispielsweise:

1. Sicherer Arbeitgeber.
2. Arbeitsplatzsicherheit individuell und zum Beispiel.
3. Überdurchschnittlicher Anteil des Arbeitgebers an Pensionskassenbeiträgen (40%/60%), was durchaus nicht üblich ist.

Wir sind uns bewusst, dass es in der Wirtschaft dieses Jahr nicht grosse Lohnerhöhungen geben wird oder sogar gewisse Herabstufungen nötig sind. Wir erachten die Lohnerhöhung als wirtschaftlich nicht unbedingt zwingend. Vermutlich ist es aber sinnvoll, diesen Schritt dieses Mal dennoch zu machen, zumal in den letzten beiden Jahren wenig möglich war, was zu Kaufkraftverlust und eventuell einer gewissen Unzufriedenheit geführt hat. Wir sind aber überzeugt, dass der Lohn nicht das Hauptkriterium für Zufriedenheit mit der Arbeit ist. Unbefriedigend ist es aber insbesondere, wenn sehr gute Leistungen nicht genügend belohnt werden können. Wir legen deshalb grossen Wert darauf, dass mit dem Geld wirklich überdurchschnittliche Leistungen honoriert werden.

Wir sind deshalb grossmehrheitlich für die Lohnerhöhung gemäss Voranschlag. Wir sind unseres Erachtens nämlich in der komfortablen Situation, uns dies leisten zu können.

### **Werkhof**

Beim Ausblick auf spätere Voranschläge ersehen wir, dass man mit weniger Arbeit rechnet. Wird sich dies auch auf die Anzahl Arbeitnehmer auswirken?

### **Tiefbauamt/Investitionen**

Wir sind gegen Projekte, die für oder gegen die Umfahrungsstrasse Präjudizien sind. Eine Bemerkung zum Projekt 'Langfeldstrasse': Weil es sich um eine Investition handelt, zu der

noch eine Botschaft unterbreitet wird, stellen wir hier keinen Streichungsantrag. Beim Bahnhofplatz geht es auch nur um eine Projektierung. Deshalb sind wir auch hier nicht dagegen.

### ***Sicherheit und Sauberkeit am Bahnhof***

Die Sicherheit und Sauberkeit am Bahnhof verursacht ebenfalls Kosten. Wir sind nicht überzeugt, dass das Problem gelöst ist, sondern grossenteils nur verlagert - sei es in andere Städte oder in die Nachbarschaft. Uns ist es das Geld dafür jedenfalls wert. Es scheint uns gut, wenn die Klientel vernünftig angesprochen wird und aus Gruppen zumindest mal ein Name aufgenommen wird. Wir wünschen von diesen kompetenten Personen, die den Auftrag sehr gut ausführen, aber auch Ausflüge in die Umgebung mit dem gleichen Auftrag zu unternehmen, wenn es im entsprechenden Pensum Platz hat.

### ***Abteilung 8, Jugend, Sport und Freizeit***

Neben permanentem Ansteigen in den letzten Jahren gibt es hier viele kleine Ausgabensteigerungen, die wir auch auf den Wechsel beim Vorsteher zurückführen - sicher gab es auch einen gewissen Nachholbedarf. Wir hoffen und erwarten auf den nächsten Voranschlag aber einen Rückgang auf das alte Niveau. Die Rechnung 2010 wies netto Ausgaben von 2,3 Mio. Franken aus. Im Voranschlag genügten noch 2,5 Mio. Franken und nun sind wir bei netto beinahe 3 Mio. Franken - wie gesagt hoffentlich vorübergehend. Wir merken uns diese Zahlen.

### ***Werkbetriebe***

Trotz hohen Investitionsvorhaben beurteilen wir die finanzielle Lage als äusserst positiv. Die Buchwerte steigen an - aber auf extrem tiefem Niveau.

Die Ausgaben für Löhne sanken wegen Pensionierungen.

### ***Alterszentrum Park***

Die Taxerhöhungen waren dringend, sonst hätte es ein hohes Minus bedeutet. Vielleicht hätte man dieses Problem aufgrund der Änderungen bei den Pflegefinanzierungen vorhersehen und entsprechend früher reagieren können. Andererseits: Im Nachhinein ist man immer klüger. Wichtig ist, dass dieser Schritt nun vollzogen ist.

Wichtiges Ziel scheint uns aber, dass die Spezialfinanzierungen bis Ende 2012 wieder bei einer schwarzen Null sind.

Bei der Parksiedlung Talacker gilt es die Position 440 im Auge zu behalten: 612'000 Franken Abschreibungen tönen gut. Faktisch braucht es aber während 40 Jahren 700'000 Franken pro Jahr. Somit müssten es in der aktuellen Phase eher 800'000 Franken sein, da später auch wieder gewisse Investitionen nötig sein werden. Man kann es aber so einmal ein Jahr weiter beobachten.

### ***Alles in Allem***

Wir sind in weiten Bereichen mit dem Voranschlag einverstanden, in einigen Punkten aber doch kritisch, wenn letztlich aber doch in den meisten Punkten mit ihm einverstanden. Die Kommentare sind ausführlich, praktisch durchwegs verständlich und Verständnis hervorruhend. Für die gute Arbeit danken wir in diesem Zusammenhang gerne dem Stadtrat, dem Finanzchef sowie allen mit dem Voranschlag beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt herzlich. Wir werden den Anträgen des Stadtrates zustimmen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

**Gemeinderat Peter Hausammann:** "Ich spreche für die Fraktion CH/Grüne/GLP zum Voranschlag 2012. Vorab auch von unserer Seite besten Dank für die umfangreichen und sorgfältig erarbeiteten Unterlagen, insbesondere an den Stadtammann, den Finanzchef und den neuen Chef des Steueramts.

Wir sind grundsätzlich mit den Budgetgrundlagen einverstanden, ausser - das haben Sie aus dem vorhergehenden Votum bemerkt - zum Steuerfuss. Wir werden einen entsprechenden Antrag in der materiellen Beratung stellen.

Wir sind auch mit den Ausführungen zum Thema Stellen und Besoldungen sowie den Anträgen zu den Besoldungserhöhungen bei Stadt, Werken und AZP einverstanden.

Dann eine Bemerkung zum Votum des GPK-Präsidenten zum Voranschlag: Dieser hat ausgesagt, das Nettovermögen werde sich auf Ende 2012 auf 40 Mio. Franken belaufen. Hier würde es mich interessieren, wie er auf diesen Betrag kommt. Wenn wir von 45 Mio. Franken Ende 2011 ausgehen, so wie es in der Botschaft steht, und wir einen Bilanzierungsfehlbetrag von 10,5 Mio. Franken haben, dann sind es 34,5 Mio. Franken. Wenn wir etwas weniger rechnen, beispielsweise 90%, dann sind es auch noch 36,3 Mio. Franken. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass ernsthaft mit nicht einmal der Hälfte der geplanten Nettoinvestitionen gerechnet wird.

Und dann hat der GPK-Präsident noch gesagt, den Investitionen für das Jahr 2012 müssten wir noch zustimmen. Nach meinen Informationen - ich habe nachgefragt - sollten keine solchen Investitionen in der Investitionsrechnung enthalten sein. Es seien keine Investitionen mehr über 300'000 Franken enthalten. Dies hat mir der Finanzchef so gesagt. Es kann natürlich sein, dass hier etwas durch die Lappen gegangen ist. Es hat aber diesbezüglich sicher keinen Streichungsbedarf mehr drin. Anders sieht es vielleicht in den nachfolgenden Jahren aus. Das werden wir dann sehen, wenn dort konkrete Anträge kommen.

### ***Voranschlag der Stadt***

Grundsätzlich ist hier, soweit wir dies beurteilen können, wie immer sorgfältig budgetiert worden. Wirklich sehen wir diese Zahlen nicht. Da haben Sie mich wahrscheinlich falsch verstanden. Das ist keine 'Schwarzmalerei', Kollege Diethelm, und es ist auch nicht 'düster', Kollege Hotz. Es handelt sich einfach um Fakten. Ich kann doch nichts dafür, wenn der Stadtrat einen Finanzplan vorlegt und man dann das Nettovermögen ausrechnet - das ist nicht einmal

'Adam Riese', das ist 'Eva Klein' - und dann zum Ergebnis kommt, dass nach zwei bis vier Jahren - je nachdem mit welchen Investitionen gerechnet wird - das Nettovermögen weg ist.

Natürlich handelt es sich um Planzahlen, aber man müsste vielleicht dann auch einmal festhalten, was man nicht investiert haben will. Ich erinnere an die Voten des Finanzchefs und des Stadtammanns in der GPK. Da wurde sofort von Seiten der Befürworter der Steuerfuss-senkung argumentiert, dass sicherlich viel 'Luft' bei den Investitionsbeiträgen enthalten ist. Es sei sicherlich so budgetiert worden, dass ein Haufen 'Luft' vorhanden ist. Beide Herren haben dies verneint. Das Gegenteil sei der Fall, haben sie ausgesagt. Wenn nämlich Sparprogramme seitens des Bundes und der Kantone vorhanden sind, wird als Erstes bei den Investitionsbeiträgen gespart. Der Bund spart zulasten der Investitionsbeiträge beim Kanton und der Kanton bei den Investitionsbeiträgen zulasten der Gemeinden sowie der Bund auch noch zulasten direkter Investitionsbeiträge bei den Gemeinden. So schwarz male ich nicht, aber ich bin ja noch so froh, wenn es besser herauskommt, als man meint. Meine - unsere - Aufgabe ist es doch, mit den Zahlen zu argumentieren, die wir haben. Wir können ansonsten aufhören, wenn wir einfach sagen, diese budgetierten Zahlen bei den Investitionen werden sowieso nicht eintreffen. Dann können wir aufhören und einfach jedes Jahr die Steuern senken, bis wir überhaupt nichts mehr bezahlen können. So geht es ja, so glaube ich, auch nicht!

Noch einmal zum Voranschlag 2012 zurück: Wenn wir da korrekt rechnen, weisen wir ein Defizit von 2,6 Mio. Franken auf. Wir haben nicht eine ausgeglichene Rechnung. Formal schon, aber diese Abschreibungen, die ich erwähnt habe, das ist nicht das Rechnungsmodell, Kollege Diethelm. Es sind auch nicht Empfehlungen, wie es der GPK-Präsident, gestützt auf eine Aussage des Stadtammanns, sagt. Das ist materielles Gesetz, nämlich die Verordnung über das Rechnungswesen der Gemeinden. Wir haben Juristen im Stadtrat, in unserer und in eueren Fraktionen. Das ist materielles Gesetz, und das sind nicht Empfehlungen. Machen wir das doch so, wie es ist. Dann ist es auch transparent und ehrlich. Dann weisen wir das Defizit aus, das wir benötigen, um die erforderlichen Abschreibungen tätigen zu können. Das ist auch nicht so tragisch. Ich habe auch nichts dagegen, wenn wir Defizite ausweisen. Die Frage ist nur, wie hoch und wie lange. Und ich bin der Meinung, dass wir nicht während vier Jahren Defizite von durchschnittlich 3 Mio. Franken haben sollen - das sage ich. Und wenn wir dies mit einer Steuerfussenkung ausweisen, dann sollten wir den Steuerfuss solange nicht senken, bis wir ein kleineres Defizit ausweisen, nämlich ein solches von 1,5 Mio. Franken. Damit könnte ich leben. Da würde ich sagen: Okay, das geht bei dieser Situation. Eigenkapital haben wir damit noch lange. Und wieder zum gesetzlichen Rahmen: Wir dürfen problemlos Defizite ausweisen. Die gesetzliche Bremse kommt erst dann, wenn wir Probleme mit dem Eigenkapital haben - und das haben wir noch lange nicht. Aber wir haben bis jetzt einen Konsens über das Nettovermögen. Von den gefallen Voten her habe ich aber das Gefühl, dass dieser bröckelt. Sollte dies der Fall sein, soll man das bitte klar sagen.

Zum Defizit von 2,6 Mio. Franken: Das sind doch immerhin 3,5% des Gesamtaufwands von 75 Mio. Franken mit diesen 8% Abschreibungen. Das ist ja nicht einfach nichts! Wenn wir eben nicht den Steuerfuss senken, haben wir immer noch ein Defizit im Voranschlagsjahr von über 1 Mio. Franken. Und es ist eben nicht ein Ausreisser. Wenn wir jetzt sehen würden, das ist wegen dem und dem, so und so und nachher ist es wieder anders, dann haben wir wieder ausgeglichene Rechnungen, wären auch 3 Mio. Franken kein Problem. Aber aufgezeigt haben wir eigentlich ein strukturelles Defizit in der Grössenordnung von 3 Mio. Franken und noch niemand hat gesagt, wie wir dieses wieder weg bringen. Kollege Regli kann natürlich schon sagen, dass wir noch über einen Haufen an Reserven verfügen und Aufgaben haben,

die wir nicht machen müssen. Aber dann würde ich erwarten, dass festgelegt wird, welche dies sind. Es ist ein bisschen heikel festzulegen, dies und jenes machen wir nicht mehr. Man müsste dies also klar festhalten, wenn man das Defizit nicht in Kauf nehmen will.

Die Schlussfolgerung von mir: Bei durchschnittlich 3 Mio. Franken Defizit und bei einem Finanzierungsfehlbetrag von rund 16,5 Mio. Franken pro Jahr, bin ich der Auffassung, dass es nun nicht der Moment ist, um die Steuern zu senken. Es wäre viel mehr die Zeit, nun Stopp zu sagen sowie abzuwarten und weiterzuschauen, als jetzt die Steuern wieder zu senken, um dann allenfalls wieder in zwei Jahren zu beschliessen, diese müssten wieder entsprechend erhöht werden. Das ist auch nicht unbedingt eine verlässliche Steuerpolitik!"

**Gemeinderätin Verena Herzog:** "Ich spreche zu den Lohnanpassungen.

Es ist noch nicht lange her, da hatte sich der Gemeinderat, allerdings ohne meine Zustimmung, das Sitzungsgeld selbst erhöht. Ich argumentierte damals dagegen, mit der Begründung, dass wir mit dem guten Beispiel vorgehen und darauf verzichten sollten.

Mit dem Voranschlag 2012, zwar sicher nicht direkt vergleichbar, die Auswirkungen sind ein Vielfaches, schlägt der Stadtrat eine seiner Ansicht nach längst fällige grosszügige Lohnanpassung für das städtische Personal vor, die ich dem Personal grundsätzlich sicher gönnen mögen würde, doch der Zeitpunkt dazu ist genauso sicher falsch. Den beiden Anträgen gemeinsam ist, dass sicher niemand daran denken möchte, eine Sitzungsgelderhöhung - das würde ja noch gehen - oder eine Lohnerhöhung je wieder rückgängig machen zu lassen. Die Auswirkungen von Lohnerhöhungen sind für immer und ewig. Wir Politiker sind jedoch gefordert, längerfristig, das heisst nicht nur für das kommende, sondern mindestens für die kommenden fünf bis zehn Jahre finanzpolitische Überlegungen anzustellen.

Deshalb kann ich mich mit der vom Stadtrat budgetierten Lohnerhöhung des städtischen Personals von insgesamt 3,1% respektive der individuellen Besoldungsanpassung von 2% nicht einverstanden erklären. Ich erwarte, dass vor allem im jetzigen Zeitpunkt von bürgerlicher Seite auf Lohnerhöhungen verzichtet oder auf ein Maximum von total 1%, zusammengesetzt auf 0,3% genereller Lohnerhöhung, dies entspricht der durchschnittlichen Jahresteu-erung für 2011 und auf eine individuelle, leistungsbezogene Lohnerhöhung von 0,7% be-schränkt werden. Nach dem Besoldungsreglement stehen für individuelle Besoldungsanpas-sungen in der Regel 0,65% zur Verfügung. Klar erkennbare weltwirtschaftliche Entwicklun-gen, dadurch die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz und insbesondere auch in unse-erer Region, welche ein Nullwachstum oder eine Rezession für die kommenden Jahre erwarten lässt, erfordern heute eine zurückhaltende Lohnpolitik.

### ***Begründung***

Natürlich würde jeder von uns, besonders in der Vorweihnachtszeit, gerne Geschenke vertei-len. Doch das, meine Damen und Herren, ist nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist ver-antwortungsvoll und sparsam, das heisst diszipliniert mit den Stadtfinanzen, sprich auch mit den Steuergeldern umzugehen.

Wenn nicht schon jetzt, dann sicher in den kommenden Jahren kämpfen viele, vor allem im Export tätige Firmen, mit dem zu starken Schweizerfranken und den im internationalen Vergleich an oberster Schmerzgrenze liegenden Lohnkosten ums Überleben. Die Währungsdifferenzen können von uns nur beschränkt oder eigentlich nicht beeinflusst werden. Die Ursachen sind externe, sprich EU-Faktoren. Und in diesem schwierigen Moment tun wir alles dafür, an der Lohnschraube nochmals weiter aufwärts zu drehen und gehen als öffentliche Hand mit dem schlechten Beispiel voran.

Es kann nicht sein, dass auf Bundesebene 500 Mio. Franken bereit gestellt werden - was ich in diesem Moment so unterstütze -, um Kurzarbeit verschiedenster Firmen abzufedern und im Gegenzug befürworten wir auf Gemeindeebene beim Gemeindepersonal Lohnerhöhungen. Bereits die Teuerung ist mit 0,5% zu hoch bemessen. Nach dem Landesindex der Konsumentenpreise wird für 2012 nur eine Teuerung von 0,3% prognostiziert. Im vergangenen Jahr konnte zudem eine deutliche Vergünstigung von 10 bis 15% bei den Lebensmitteln, aber auch bei Luxusgütern beobachtet werden, die weiter anhalten wird. Autopreise fallen zurzeit über 20%. Es soll mir mal jemand erklären, wo die Teuerung stattfindet, ausser im Teuerungsindex? Im Moment erleben wir - das will zwar noch niemand wahrhaben - eine Deflation, die aber offensichtlich noch nicht realisiert werden will. Mit einer pragmatischen Lohnerhöhung von total 1%, anstatt 3,1% wie vom Stadtrat vorgeschlagen, würde man die öffentliche Hand zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Gewerbe und Wirtschaft nicht zusätzlich unter Druck setzen.

All jene, die sich zum jetzigen Zeitpunkt für Lohnerhöhungen einsetzen, forcieren gleichzeitig das Abwürgen von Arbeitsplätzen in unserer Region. *Jeder, der Solidarität mit der kurzarbeitenden Bevölkerung zeigt, ist zwingend für eine Nullrunde oder wenigstens eine Minimallohnrunde, wie vorgängig erläutert.* Die städtischen Angestellten sind dadurch gegenüber Wirtschaftsbetrieben wahrlich nicht benachteiligt. Sie haben sicherere Arbeitsplätze, vergleichbar gute bis sehr gute Löhne, eine gute, zuverlässige Pensionskasse und weitere Vergünstigungen, zum Beispiel im öffentlichen Verkehr! Aus genannten Gründen lehne ich zum jetzigen Zeitpunkt *eine kurzsichtige Solidarität verletzende, individuelle Lohnerhöhung von 2% ab.*

Da aber ein Antrag auf eine vernünftige Besoldungsanpassung von 1%, den ich gerne gesehen hätte, nach jetzigem Stand meines Wissens nur von einer kleinen Minderheit unserer Fraktion getragen wird und von linker Seite kaum Unterstützung zu erwarten ist, verzichte ich, diesen zu stellen. Ich werde jedoch den Antrag auf Besoldungsanpassungen ablehnen.

An dieser Stelle möchte ich es nicht versäumen, dem städtischen Personal für seine gute, geleistete Arbeit zu danken. Danke für Ihre Aufmerksamkeit."

**Gemeinderat Matthias Hotz**, Präsident der GPK Finanzen und Administration: "Ich wurde im Eintreten angesprochen und man hat Fragen gestellt. Ich erlaube mir im Rahmen des Eintretens darauf einzugehen.

Ich muss einleitend zugeben, dass ich etwas erschlagen und auch etwas enttäuscht bin. Ich werde dies nachfolgend erklären. Erschlagen bin ich von diesen düsteren, ja wirklich fast depressiven Zukunftsaussichten, die uns Gemeinderat Hausammann skizziert hat. Man könnte meinen, Herr Gemeinderat Hausammann kandidiere als Stadtrat oder Stadtammann, weil wir

uns sonst von diesem gewöhnt sind, dass er so wirklich 'düstere Gewitterwolken' am Finanzhorizont und wirklich 'dunkelste Vorhersagen' malt, wenn es um Steuersenkungen geht.

Ich möchte mich hier nicht auf Zukunftsspekulationen mit irgendwelchen Detailzahlen einlassen, aber 'wo' liegt der Hase im Pfeffer'? - Das ist die entscheidende Frage. 'Wo' liegt der Hase im Pfeffer'? - Nicht bei den Steuersenkungen, sondern wie ich bereits ausgeführt habe, bei den für die nächsten Jahre vom Stadtrat im Finanzplan skizzierten, weit überdurchschnittlich hohen Investitionen. Da geht es ums grosse Geld und nicht bei den Steuersenkungen.

Enttäuscht bin ich deshalb, weil Herr Gemeinderat Peter Hausammann vorliegend 'den Sack schlägt' und 'den Esel meint'. Es wäre schön gewesen, wenn Gemeinderat Peter Hausammann mit der gleichen Akribie, mit der er hier mit Detailzahlen Schreckgespenste hervorzubert, auch eben diese hohen Investitionen gemäss Finanzplan eingehend über deren Berechtigung und Notwendigkeiten überprüft hätte. Das ist die tatsächliche Aufgabe, die uns bevorsteht.

Lassen Sie sich deshalb nicht blenden. Diese vergleichsweise geringe Steuersenkung, die maximal 1,5 Mio. Franken pro Jahr ausmacht, damit einmal ein Betrag genannt ist, führt unser Stadtschiff nie und nimmer in diese Versenkung, wie sie hier wortreich vorgemalt wurde. Aber unverantwortliche Ausgaben und Investitionen in einer mehrfachen Höhe dagegen schon! Falls nötig, muss der Rotstift somit bei den immer höheren Ausgaben sowie diesen Investitionswünschen angesetzt werden und nicht bei einer dazu wirklich unverhältnismässig kleinen Steuersenkung. Aber, so habe ich den Eindruck, das ist offenbar vor allem auch eine politische Einstellung.

Ich danke Herr Gemeinderat Christoph Regli für seine sehr klaren Worte und Argumente zugunsten der Steuersenkung, denen ich mich vollumfänglich anschliessen kann.

Herr Gemeinderat Peter Hausammann hat mir noch zwei Fragen gestellt. Die eine ist, wie ich auf dieses Nettovermögen von 40 Mio. Franken komme. Da verweise ich Sie einfach auf dieses Blatt 'der Voranschlag auf einen Blick'. Ich nehme an, das haben alle erhalten. Ich habe angeregt, dass ein solches Blatt erstellt wird. Hier ist das Nettovermögen so aufgeführt, wie vorhin erwähnt. Da kann ich mich mit guten Treuen auf diese Zahl verlassen, und darauf habe ich mich auch abgestützt.

Zum anderen hielt Gemeinderat Peter Hausammann fest, dass es im nächsten Jahr keine Botschaften zu Investitionsvorhaben mehr geben würde. Hier stelle ich fest, dass der Grundsatz klar ist. Es gibt Art. 56a unserer Gemeindeordnung. Ich habe erwähnt, was dort steht. Ich muss feststellen, dass ich davon ausgehe, dass es 2012 solche Botschaften geben wird. Ich habe vorhin ganz schnell die Investitionsrechnung durchgeblättert und es sind mir doch einige Positionen aufgefallen, die mit einer Botschaft vorgelegt werden müssen. Vielleicht kann hier der Stadtmann dann noch weitere Ausführungen dazu anbringen.

Und schliesslich wurde von Ihrer Seite auch im Rahmen des Eintretens angeregt, dass die Rechnungslegung der Stadt bezüglich der Abschreibungen anzupassen sei und die GPK dies prüfen sowie diskutieren solle. Dazu kann ich festhalten, dass wir dies schon geprüft sowie bereits besprochen haben und zwar zusammen mit dem Stadtmann sowie dem Finanzchef. Das Ganze ist bereits aufgegleist - das muss ohnehin aufgegleist werden. Ich bin nun

nicht mehr ganz sicher, was wir abgesprochen haben, aber diese Praxis wird auf das Jahr 2013 hin geändert. Also das ist alles bereits unterwegs.

Abschliessend bitte ich Sie nochmals, auch namens der GPK, den Antrag des Stadtrates auf Steuersenkung zu unterstützen und ich danke Ihnen vielmals."

Nachdem die Diskussion erschöpft ist, stellt der **Ratspräsident** fest, dass Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist. Er schaltet an dieser Stelle eine viertelstündige Pause ein.

## **Materielle Beratung**

### **0 - ALLGEMEINE VERWALTUNG**

#### **Laufende Rechnung**

**Gemeinderatspräsident Michael Lerch:** "Die Laufende Rechnung finden Sie im Register 2, Seiten 1 bis 4. Es liegen hier keine Investitionen vor."

**Gemeinderat Herbert Vetter,** Referent der GPK Finanzen und Administration: "Ich spreche im Namen der GPK Finanzen und Administration zur Abteilung 0, Allgemeine Verwaltung, und kann mich kurz halten.

Aufgrund des vom Volk im letzten Herbst angenommenen Gegenvorschlags zur Volksinitiative 'm2 Solarfläche pro Einwohner' werden unter dem *Konto 0920.38100, Einlage in Spezialfinanzierung 'Erneuerbare Energien'*, erstmals 500'000 Franken veranschlagt.

Weitere Abweichungen zu den Budgets der letzten Jahre sind im Bereich des Sach- und Personalaufwandes zu erwähnen. Teile davon werden nun neu in der Abteilung 1, unter dem *Konto 1710, Personalamt*, veranschlagt. Dies ist ein neues Konto. Ebenso werden die Aufwendungen für die Lernenden von der Abteilung 0 neu in der Abteilung 1 budgetiert. Der Grund dafür ist, dass sämtliche Lernenden von der Stadtkanzlei zentral betreut, eingesetzt und geführt werden.

Dies waren bereits meine Ausführungen. Besten Dank."

Die Laufende Rechnung der Abteilung 0 wird nun seitenweise durchberaten.

**0120 - Gemeinderat***30000 - Gemeinderat*

**Gemeinderat Fredi Marty:** "Der Gemeinderat hat im Jahr 2010 beschlossen, seine Sitzungsgelder auf den 1. Januar 2011 von 100 auf 130 Franken zu erhöhen. Ich habe damals in einem Leserbrief kritisiert, diese Erhöhung sei unverhältnismässig und unangemessen. Grosszügig entschädigt wird auch die Mitarbeit in den Kommissionen.

In Anbetracht des vergleichsweise bescheidenen Bruttoertragsüberschusses von nur noch rund 1,9 Mio. Franken könnten wir im Gemeinderat mit einem guten Beispiel vorangehen und unsere Bezüge wieder auf den früheren Stand zurückstufen. In Zeiten der unsicheren Lohnentwicklung in verschiedenen Berufszweigen war die Aufbesserung der Sitzungsgelder ohnehin ein falsches Signal an besorgte Mitbürgerinnen und -bürger.

Es freut mich, dass ich offensichtlich nicht der Einzige bin, der so denkt. Ich habe vor den Eidgenössischen Parlamentswahlen viele Web-Auftritte von Kandidierenden aus dem Kanton Thurgau eingehend studiert und dabei festgestellt, dass unsere Gemeinderatskollegin Verena Herzog in diesem Punkt gleicher Meinung ist. Ich gehe also zuversichtlich davon aus, dass mein heutiger Antrag zumindest nicht 'Alle gegen Einen' abgeschmettert wird.

Der Arbeitsaufwand eines Ratsmitglieds ist wohl kaum dermassen gestiegen, dass diese Erhöhung gerechtfertigt war. Die 30-prozentige Anhebung lag übrigens um ein Vierfaches über der Teuerung der letzten zehn Jahre. Wo bleibt hier die gesunde Einstellung, dass es in erster Linie eine Freude und Ehre sein müsste, die Frauenfelder Bevölkerung im Gemeinderat vertreten zu dürfen?

Unsere Gruppierung 'Menschen für Frauenfeld' hat sich im Gemeinderatswahlkampf für eine kostengünstigere Parlamentsarbeit eingesetzt. Dieser Linie werde ich treu bleiben. Auch mit einem Sitzungsgeld von 100 Franken sind wir in Frauenfeld immer noch Thurgauer Spitzenreiter, wie ich telefonisch bei anderen Parlamentsgemeinden in Erfahrung brachte.

Ich bitte Sie daher, meinem Antrag zu folgen und unsere Sitzungsgelder von 130 auf 100 Franken zu kürzen. Im gleichen Verhältnis seien auch die Entschädigungen für das Ratspräsidium sowie für Kommissionen, Büro und Fraktionspräsidentenkonferenz zu beschränken. Der Aufwand im Konto *0120.30000, Gemeinderat*, sei dementsprechend anzupassen.

Ich für meinen Teil werde von der Stadt Frauenfeld auf keinen Fall mehr als 100 Franken pro Sitzung entgegennehmen, auch wenn ich mit meinem Antrag scheitern werde. Falls das 'auszahlungstechnisch' seitens des Finanzamtes nicht möglich sein sollte, werde ich am Ende der Amtsperiode 2011 bis 2015 das zu viel bezogene Geld in ein städtisches Hilfsprojekt investieren. Wir können bei zehn Sitzungen pro Jahr mal vier von rund 1'200 Franken ausgehen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Der **Ratspräsident** stellt den Antrag von Gemeinderat Fredi Marty zur Diskussion.

**Gemeinderat Matthias Hotz**, Präsident der GPK Finanzen und Administration: "Die Diskussion an sich wünsche ich nicht. Dazu wollte ich mich nicht melden, aber wohl oder übel, so denke ich, muss ich kurz entgegenen."

Ich meine mich zu erinnern, dass wir in der Spezialkommission, die für die Revision der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements des Gemeinderates eingesetzt wurde, auch diese Sitzungsgelder beraten und die Anpassungen vorgeschlagen haben. Ich war Präsident dieser Spezialkommission, und darum erlaube ich mir kurz auf diesen Antrag einzugehen.

Es war, wenn ich mich richtig erinnere, vor zwei Jahren, als wir diese Diskussion sehr ausführlich geführt haben. Es ist also noch nicht sehr lange her. Wir haben das Ganze wirklich eingehend geprüft und auch mit anderen Gemeinden im Kanton Thurgau sowie anderen Parlamenten usw. verglichen. Wir haben gesehen, dass wir unterdurchschnittlich mit unseren Ansätzen lagen. Wir haben wirklich nach eingehenden Diskussionen das so angepasst, wie wir es als vernünftig fanden.

Ich habe noch in Erinnerung, dass man aufpassen muss, wie das jeweilige System genau ist. Dieses fällt in den einzelnen Parlamenten sehr unterschiedlich aus. Bei uns ist zu beachten, dass wir für die tatsächliche Sitzung eine Entschädigung erhalten. Die Vorbereitungen dazu sind ja nicht separat entschädigt. Auch unsere Fraktionssitzungen sind nicht separat vergütet. Diejenigen, die beispielsweise für heute Referate vorbereitet haben, möchte ich nicht fragen, wieviele Stunden sie für diese benötigt haben. Es wird ja nicht nur die reine Sitzungszeit, die wir hier verbringen, entschädigt, sondern auch das Aktenstudium. Ich hoffe, alle Ratsmitglieder studieren jeweils diese Vorlagen, die wir erhalten. Es sind die Vorbereitungen und anderes. Wenn man dies bei den Berechnungen der Sitzungsgelder miteinbezieht, handelt es sich um eine relativ bescheidene Entschädigung. Ich erachte es als müssig, diese Diskussion wieder führen zu müssen. Wir haben erst kürzlich darüber entschieden. Es hat sich nichts Massgebliches in der Zwischenzeit geändert. Ich bitte Sie darum, diesen Antrag deutlich abzulehnen. Besten Dank."

Nachdem das Wort zum Antrag Marty nicht mehr ergriffen wird, lässt der **Ratspräsident** darüber abstimmen.

**Abstimmung Antrag Marty:** Der Antrag von Gemeinderat Fredi Marty wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

### **0130 - Stadtrat**

*30000 - Besoldungen*

**Gemeinderat Fredi Marty:** "Sie haben mich mit diesen 4 Ja-Stimmen ermutigt. Gemäss Art. 31 der Gemeindeordnung ist unter dem Titel 'Befugnisse des Gemeinderates' unser Rat für die Festsetzung der Besoldung des Stadtammanns und der übrigen Mitglieder des Stadtrates zuständig."

Am 1. Juli 2011 teilte GPK-Präsident Mathias Hotz zuerst den Mitgliedern des Gemeinderates und dann den Medien mit, dass die GPK Finanzen und Administration die Besoldungen des gesamten Stadtrates überprüft und die Pensenaufteilung zur Kenntnis genommen habe. Dabei habe sie keinen weiteren Handlungsbedarf festgestellt.

Die GPK stützt sich in ihrem Urteil vor allem auf die 'detaillierte Stundenkontrolle' der nebenamtlichen Stadträte. Der neu gewählte Gemeinderat reagierte mit stillschweigender Kenntnisnahme. Ich habe mir erlaubt, diesen Beschluss ratsintern per E-Mail zu kritisieren.

Nochmals zur Erinnerung: Mit der Anpassung der Pensen der nebenamtlichen Stadträte von 160 auf 200-Stellenprozente hat der Gemeinderat im Jahr 2007 faktisch eine Lohnerhöhung von 80'000 auf 100'000 Franken abgesegnet, also 25% mehr als bisher. Man versteht die schlicht monetäre Ausdrucksweise einfach besser als abstrakte Wörter wie 'Pensen' und 'Stellenprozente'. Ich finde es auch richtig, dass man dies der Bevölkerung kommuniziert, dass man Zahlen nennt und nicht immer von Pensen sowie Stellenprozenten redet.

Die Stadträte seien heute angeblich mehr belastet als früher, als sie ihre politische Führungsfunktion noch mit einem 40-Prozent-Pensum erfüllen konnten. So argumentierten sie selbst und legten der GPK fleissig Beweise in Form von Stundenrapporten vor. Gleichzeitig hat der Stadtrat vor vier Jahren beim Stadtpersonal einschneidende Lohnkürzungen im Rahmen einer Besoldungsrevision durchgesetzt.

Eine unverhältnismässige Besoldungserhöhung für Exekutivpolitiker wird nicht dadurch gerechter, weil sie von der zuständigen GPK für weitere vier Jahre abgesegnet wird. Nach dem Artikel in einer Sonntagszeitung Ende Dezember 2009, als herauskam, dass Stadttammann Carlo Parolari damals mit 252'700 Franken den fünfthöchsten Lohn aller Schweizer Stadtpräsidenten bezog, ging die Lohndiskussion erst richtig los. Nach meinem Leserbrief befasste sich die 'Thurgauer Zeitung' Anfang Januar 2010 in mehreren Ausgaben intensiv mit dem Thema 'Besoldung von Politikern' und veröffentlichte aufschlussreiche Vergleichstabellen. Erkenntnis für alle: Unsere Stadtregierung verdient eindeutig zu viel!

*Deshalb beantrage ich Ihnen eine Kürzung des Kontos 0130.30000, Besoldungen Stadtrat, um 20 Prozent.* Selbstverständlich stelle ich diesen Antrag nicht in der naiven Hoffnung, in diesem Rat mehrheitsfähig zu sein. Unsere Gruppierung 'Menschen für Frauenfeld' wird das leidige Thema der überhöhten Stadtratssaläre in den nächsten Jahren immer wieder mal aufs Tapet bringen und die Möglichkeiten, welche uns die Gemeindeordnung zur Ausübung und Ausgestaltung der direkten Demokratie bietet, bei passender Gelegenheit nutzen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

**Stadttammann Carlo Parolari:** "Meine Damen und Herren Gemeinderäte, so wenig überraschend wie dieser Antrag kommt, so wenig überraschen wird Sie, dass ich Ihnen diesen Antrag zur Ablehnung empfehle. Gemeinderat Marty hat uns angedroht, dass er immer wieder Mal mit diesem Anliegen kommen wird. Deshalb empfehle ich ihm, sich die neuste Studie aus dem Jahr 2010 zu Gemüte zu führen und nicht solche Behauptungen in die Welt zu setzen, dass wir einfach aufgrund eigener Stundenaufschriebe oder irgendwelcher Äusserungen gegenüber der GPK auf unsere Pensen und Zahlen kommen. Das ist eine Studie 'Die Exekutivmitglieder in den Schweizer Gemeinden, Ergebnisse einer Befragung', die von fünf ausgewiesenen Professoren gemacht wurde.

Wir haben heute 15'100 Exekutivmitglieder über die ganze Schweiz. Mehr als die Hälfte, nämlich 8'100 haben mitgemacht, fast 5'500 allein aus der Deutschschweiz, also der ganz überwiegende Teil. Und einfach, dass Sie das einordnen können: Wir haben heute noch 2'500 Gemeinden, rund die Hälfte dieser Gemeinden hat weniger als 1'000 Einwohner und ein Drittel davon hat weniger als 500 Einwohner und nur 4% sind Städte mit mehr als 10'000 Einwohner. Ich erwähne diese Zahlen, damit Sie meine Bemerkungen besser einordnen zu können. In dieser Studie werden unter anderem Fragen 'wieso man kandidiert', 'wieso man ein Amt ausübt', zum Pensenumfang, den Stundenzahlen und insbesondere auch zu den Besoldungen gestellt. Da ist beispielsweise bezüglich der 'durchschnittlichen Wochenarbeitszeit der Exekutivmitglieder nach Gemeindegrößen und Sitzzahlen der Exekutive', bei fünf Sitzen, wie wir im Stadtrat aufweisen, aufgeführt: *Gemeinden zwischen 20'000 und 50'000 Einwohner, im gesamtschweizerischen Schnitt: 41 Stunden pro Woche*. Bei jenen Gemeinden, die ein Parlament haben, heisst es noch zwei bis vier Stunden zusätzlich, da das Parlament die Exekutive mehr mit Einfachen Anfragen oder parlamentarischen Vorstössen beschäftigt. Übrigens auch über die Höhe gesehen - ich gehe hier nicht ins Detail - sind wir absolut im gesamtschweizerischen Schnitt.

Ich möchte auch darauf hinweisen - und wir haben das in der Botschaft im Jahr 2007 ausführlich dargelegt -, dass beispielsweise der Lohn des Stadtammanns auf das Jahr 1981 zurückgeht. Sie haben richtig gehört, damals wurde der Mechanismus festgelegt. Im Jahr 1991, in der Gemeinderatssitzung vom 16. Januar, wurde der Lohn festgelegt und dieser ist seit bald 21 Jahren unverändert geblieben, lediglich der Teuerung angepasst, wie bei allen übrigen. Dieser Lohn ist seither unangetastet geblieben. Man hat das Pensum dann später bei den nebenamtlichen Stadtratsmitgliedern erhöht. Der Gemeinderat hat bei dieser Diskussion verlangt, dass jeweils zu Beginn einer Legislatur diese Löhne überprüft werden sollen. Die GPK hat dies nach dem entsprechenden Protokollauszug gemacht. Man hat dabei sehr exakt die Stundenaufschriebe und die effektiven Beschäftigungszahlen der nebenamtlichen Stadträte geprüft. Diese entsprechen ziemlich genau dem Schnitt der gesamtschweizerischen Studie und man hat darum das Pensum von damals geschätzten 40% auf 50% erhöht.

Ich bitte Sie sehr darum, diesen Antrag abzulehnen. Natürlich ist Geld nicht das allein seelig machende. Aber meine Kolleginnen und Kollegen, die nebenamtlich tätig sind, arbeiten weit mehr als ein 50%-Pensum -, das weiss ich noch aus meiner eigenen Zeit als Nebenamtlicher - und haben eine entsprechende Besoldung mehr als verdient. Besten Dank für die Ablehnung dieses Antrags."

**Gemeinderätin Verena Herzog:** "Ich hätte nur noch eine Frage und zwar haben Sie diese Broschüre zitiert. Gibt es hierzu auch eine Rangierung, wie es damals in der Sonntagspresse der Fall war, aus der hervorgeht, an welcher Stelle das Stadtammannamt Frauenfeld rangiert? Es hat mich damals auch sehr erstaunt, dass Stadtpräsidenten von Städten mit einer viel grösseren Einwohnerzahl gleich gewertet werden, bzw. diese weniger gut besoldet sind."

**Stadtammann Carlo Parolari:** "Ich kann diese Frage beantworten. Ein Ranking gibt es in dieser Studie nicht. Ich möchte Sie aber daran erinnern, dass bei dieser Umfrage dazumal nur etwa zehn Städte effektiv gemeldet haben. Das war alles andere als repräsentativ und die wurden einfach aufgelistet. Wenn sie alle Exekutiven oder alle Stadtpräsidien fragen würden, wäre ich sicher nicht auf Rang 4."

Nachdem die Diskussion zum Antrag Marty erschöpft ist, lässt der **Ratspräsident** darüber abstimmen.

**Abstimmung Antrag Marty:** Dieser Antrag wird grossmehrheitlich mit 35 Nein- gegen 2 Ja-Stimmen, bei einer Enthaltung, abgelehnt.

## 1 - ZENTRALVERWALTUNG UND FINANZEN

**Gemeinderatspräsident Michael Lerch:** "Die Laufende Rechnung im Ordner sind im Register 2, Seiten 5 bis 21, und die Investitionsrechnung im Register 3, Seite 2, zu finden."

### Laufende Rechnung

**Gemeinderat Peter Wildberger,** Referent der GPK Finanzen und Administration: "Die Abteilung 1 im Gesamten weist bei geringfügig höherem Aufwand einen deutlich verminderten Ertrag von 46,8 Mio. Franken auf, was einem Minus von 500'000 Franken gegenüber dem Voranschlag 2011 und gar von minus 2,35 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2010 entspricht. Die Ursache werden wir im Konto Steuereinnahmen noch genauer ersehen.

Mit folgenden Einzelkonten hat sich die GPK Finanzen und Administration aufgrund von Fragen oder Präzisierungen des Stadtrates vertieft befasst:

#### **1140 - Einwohnerdienste**

##### *30100 - Besoldungen*

Hier ist eine zusätzliche volle Stelle vorgesehen, gleichwohl erhöhte sich das Konto Besoldungen nur um 21'000 Fr. Die Erklärung liegt darin, dass bis jetzt immer wieder Aushilfen und Praktikanten mit entsprechenden Lohnkosten angestellt werden mussten, um die Arbeit überhaupt bewältigen zu können.

#### **1520 - Passivzinsen**

##### *32200/32206/32208 - Zinsen Bankdarlehen/Zinsen Basler Versicherungsgesellschaft*

Bei diesen Konten reduziert sich der Aufwand markant. Aus dem Verkauf des Grundstücks für das Paketpostzentrum sind viel flüssige Mittel vorhanden, die zur Rückzahlung von Schulden verwendet werden.

## **1620 - Direkte Steuern**

*40000/40100 - Gemeindesteuern Rechnungsjahr, Natürliche Personen/Juristische Personen*

Schwerpunkt der Diskussion in der GPK Finanzen und Administration war der Steuerfuss. Bei gleichem Steuerfuss müsste sich der Steuerertrag der Natürlichen Personen um 3% erhöhen: 1,5% wegen der Bevölkerungszunahme und 1,5% wegen der Lohnentwicklung. Budgetiert ist nun eine deutliche Mindereinnahme bei den Natürlichen Personen von minus 500'000 Franken und gar minus 2,2 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2010 - dies mit Steuerfussenkungen für 2011 und 2012 um je 3%. Hauptbegründung des Stadtrates für die erneute Steuerfussenkung von 3% ist das nun zu hohe Nettovermögen, das rasch abgebaut werden soll. Ein Antrag, zu grosse Schwankungen im Steuerfuss sowie die Aussicht auf eine Wiedererhöhung in zwei Jahren sollten vermieden und der Steuerfuss deshalb nicht herabgesetzt werden, wurde schliesslich mit dem denkbar knappen Ergebnis von 4 Nein- zu 3 Ja-Stimmen abgelehnt.

Ein zweiter Antrag wurde gestellt, dass im Sinne des Gesetzes und von mehr Transparenz die Abschreibungen immer im Mindestrahmen von 8% vorgenommen werden sollen, was auch dem neuen Rechnungsmodell HRM II entsprechen würde. In den letzten Jahren waren Abschreibungssätze von 3,4% bis 20% angewendet worden, was im Prinzip ein Rechnungsdefizit oder einen Rechnungsüberschuss verschleierte. Dem Antrag erwuchs keine Opposition. Allerdings war sich die Kommission einig, für den vorliegenden Voranschlag 2012 die bisherige Abschreibungspraxis noch zu belassen, da sonst das ganze Budget mit unverhältnismässigem Aufwand umgeschrieben werden müsste. Um bessere Grundlagen insbesondere auch für die Steuerfussdiskussion zu bekommen, wird sich die GPK 'Leitlinien für eine zukünftige Finanzpolitik der Stadt Frauenfeld' erarbeiten und hat dafür eine Subkommission gebildet."

Die Laufende Rechnung wird nun seitenweise durchberaten.

## **1620 - Direkte Steuern**

*40000/40100 - Gemeindesteuern Rechnungsjahr, Natürliche Personen / Gemeindesteuern frühere Jahre, Natürliche Personen*

**Gemeinderat Peter Hausammann:** "Die Fraktion CH/Grüne/GLP beantragt, den Steuerfuss im Jahr 2012 bei 63% zu belassen.

Konkret: Das Konto 1620.40000, Gemeindesteuern Rechnungsjahr, Natürliche Personen, sei um 1'324'800 Franken und das Konto 1620.40100, Juristische Personen, um 157'200 Franken zu erhöhen.

Besten Dank an den Chef Steueramt, der mir diese Zahlen ausgerechnet hat.

## **Begründung**

Steuerfussenkungen sind lässig. Das finden wir auch, grundsätzlich. Es gibt ja kaum Schöneres für Politiker, wohl ausser gewählt zu werden....

Unsere Fraktion hat zu den Steuerfussenkungen ein paar Grundsätze/Voraussetzungen festgelegt. Steuerfussenkungen ja, aber

1. Im Rahmen der finanzpolitischen Ziele.
2. Als Konsequenz von konstanten, erheblichen Rechnungsüberschüssen.
3. Oder zum Abbau eines zu hohen Nettovermögens.
4. Nicht in Zeiten hoher Investitionen mit grossen Finanzierungsfehlbeträgen.
5. Verlässliche, konstante Steuerpolitik; kein rauf und runter.

Wenn wir die finanzpolitischen Ziele einmal anschauen, stellen wir fest, dass im Grunde genommen kein Stadtratsbeschluss oder ein Leitbild des Stadtrates oder des Gemeinderates vorhanden ist. Ich komme noch einmal darauf zurück. Wir waren uns beim hauptsächlichen Ziel bis anhin einig - so habe ich dies zumindest verstanden -, nämlich dass das Nettovermögen nicht unter dem Bereich von 15 bis 20 Mio. Franken liegen soll.

Der zweite wichtige Punkt stellt der Selbstfinanzierungsgrad dar, bei dem auch immer das Ziel war, dass dieser möglichst bei 100% liegt. Abweichungen darunter sind aber möglich, eben beispielsweise bei einem antizyklischen Verhalten. In den aktuellen GPK-Richtlinien, die es immer noch gibt und die jetzt revidiert werden, ist festgehalten, dass der Selbstfinanzierungsgrad nicht unter 80% gehen sollte. Wir haben aber in den nächsten drei bis vier Jahren wie gesagt einen Wert von unter 30%. Und sogar wenn wir die letzten vier Jahre noch dazu nehmen und somit einen Schnitt von acht Jahren aufweisen, sind wir bei rund 50%. Selbst bei einem Zehnjahresdurchschnitt (letzte sechs und nächste vier Jahre) sind wir erst bei 65% angelangt, also ganz klar unter diesen Zielen.

Bezüglich der konstanten Überschüsse - die haben wir einfach nicht! Ich habe ja im Rahmen der Diskussionen zum Finanzplan aufgezeigt, dass wir ein strukturelles Defizit im Bereich von 3 Mio. Franken ausweisen werden. Das kann man nicht wegdiskutieren, das ist einfach so. Und es ist bis anhin auch nicht gesagt worden, wie dies nachher wieder besser werden soll. Deshalb, Kollege Hotz, da 'liegt der Hase im Pfeffer'. Ich habe es nicht so mit den Tieren. Ich will ja auch nicht irgendwie einen 'Esel meinen' und 'einen Sack schlagen'. Aber wenn wir schon von 'einem Hasen im Pfeffer' reden: Hier eben liegt er, nämlich bei der Steuerfussenkung, beim strukturellen Defizit über die nächsten vier Jahre und das in Kombination mit dem Punkt, der bei Ihnen 'gepfeffert' sein soll. Es ist richtig, dass wir in den nächsten vier Jahren überdurchschnittlich hohe Investitionen aufzuweisen haben und wir haben auch wegen den fehlenden Ertragsüberschüssen sehr hohe Finanzierungsfehlbeträge. Das ist eben das Problem. Die Kombination dieser beiden Punkte und insbesondere die Laufende Rechnung, das ist das Problem! Steuern senken sollte man eben in einer solchen Kombination nicht, weil auch das Nettovermögen aufgrund der aufgezählten Fakten zurückgeht, wegschmilzt, aufgebraucht wird.

Auch wenn wir die vorgesehenen Investitionen kürzen, ist es gut möglich, dass das Nettovermögen in zwei bis drei Jahren weg ist. In einer solchen Situation sollte man dann eben nicht die Steuern senken. Wir sind in solchen Situationen der Meinung, dass es einen Marschhalt braucht. Nachher schauen wir, wie es herauskommt. Ich gebe Ihnen recht, ich bin kein Hellseher - aber sie auch nicht! Wir wissen beide nicht genau, wie es diesbezüglich kommt. Aber wir haben eben Zahlen und dann muss ich nicht schon alle Zahlen bzw. jede einzelne Zahl im Finanzplan, die vom Stadtrat kommt, so wie Sie es mir beauftragen - das können Sie als Anwalt, mal behaupten - hinterfragen. Es ist nicht so, dass ich nun jede einzelne Zahl hinterfragen muss, wenn sie vom Stadtrat kommt. Und wenn der Stadtrat und der Finanzchef der GPK gesagt haben, 'da sei keine Luft drin', dann muss nicht ich hinterfragen. Dann kann ich auf diese Zahlen abstellen, zumal in den aktuellen Richtlinien Ihrer/unserer GPK steht, dass über Steuerfussänderungen jedenfalls nur dann entschieden werden darf, *wenn die finanziellen Auswirkungen - und jetzt kommt's - aufgrund des Finanzplans - ich rede den ganzen Abend vom Finanzplan und vom Voranschlag - beurteilt werden.* Ich habe nichts anderes gemacht, als das, was hier in den Richtlinien unserer GPK steht.

Dann zum Vorwurf der 'Schwarzmalerei', um irgendein Ergebnis zu erzielen. Hierin ist der Vorwurf versteckt, wir seien gegen Steuersenkungen, wir wollten die Steuern nie senken. Ich weiss nicht, wie man auf so etwas kommen kann. Ich habe hier in diesem Saal vor über 20 Jahren mehrfach Anträge auf Steuerfussenkungen gestellt, weil damals die Voraussetzungen gegeben waren. Wir hatten immense Bruttoertragsüberschüsse und Abschreibungen von über 20% - stellen Sie sich das vor! Wir hatten durchschnittliche Abschreibungssätze von 16,9%. Die FDP war damals der Meinung 20% seien nötig. Die FDP hat dies damals alles abgelehnt, obwohl die Voraussetzungen dafür seinerzeit gegeben waren. Also kann man uns oder mir nicht vorwerfen, wir wollten da irgendein Ergebnis erzielen. Wir haben vorliegend Zahlen des Stadtrates, die wir interpretieren und wir sagen: Im Moment Marschhalt einschalten und schauen, was passiert. Wir haben schliesslich auch in der letzten Dekade die Steuern einen Viertel gesenkt. Diese 22 Steuerfussprozentpunkte entsprechen 25,9% - also einen Viertel haben wir gesenkt! Das ist gut, das haben Sie gut gemacht, da war ich noch nicht dabei. Ehre wem Ehre gebührt, aber jetzt meine Damen und Herren, entscheiden Sie nicht ideologisch, sondern gestützt auf die vom Stadtrat basierten Zahlen - und unterstützen Sie unseren Antrag."

**Gemeinderätin Verena Herzog:** "Wer mich kennt, der weiss, dass ich in den vergangenen Jahren schon mehrmals auf kantonaler Ebene für tiefe Steuern, für Steuersenkungen, gekämpft habe. Aber ob die gegenwärtige Finanzlage wirklich diese Steuersenkung zu diesem Zeitpunkt zulässt, ist fraglich. Ich möchte nicht, wie gestern im St. Galler Kantonsparlament, bereits in wenigen Jahren wieder die Steuern erhöhen müssen - nicht gerade um 10%, wie dies der Kanton St. Gallen beschlossen hat, aber um diese 3%, denen wir heute vermutlich zustimmen werden.

Für mich, meine Damen und Herren, gehört zu Steuersenkungen gleichzeitig untrennbar eine kostenbewusste Ausgabenpolitik. Nur wer diese beherzigt, darf sich glaubhaft für Steuersenkungen einsetzen. Nachdem der Rat nun auch unsere Anträge bezüglich Lohnerhöhungen angenommen hat und wir sehr viele Investitionen im Tiefbau aufweisen, hinter denen ich nicht voll stehen kann, bin ich persönlich nicht bereit, dieser Steuersenkung zuzustimmen."

**Gemeinderat Matthias Hotz**, Präsident der GPK Finanzen und Administration: "Ich glaube, es ist alles gesagt worden. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen und den Antrag des Stadtrats auf eine Steuersenkung zu unterstützen und zwar namens der Mehrheit der GPK Finanzen und Administration. Besten Dank."

**Stadtammann Carlo Parolari**: "Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bitte Sie ebenfalls diesen Antrag abzulehnen. Es wird Sie nicht erstaunen. Es ist vermutlich ein Novum in der Stadt Frauenfeld, dass der Stadtrat für eine Steuerfussenkung kämpfen muss. Bis jetzt war es meistens umgekehrt. Vor einem Jahr hat der überwiegende Teil Ihres Rates uns die Hausaufgabe mitgegeben, weitere Steuersenkungen zu prüfen, nachdem wir damals bereits um 3% gesenkt haben. Diese Hausaufgabe haben wir gemacht. GPK-Präsident Matthias Hotz hat dies gesagt. Wir haben nicht einfach, weil es 'lässig' ist, Gemeinderat Peter Hausammann, eine Steuerfussenkung beantragt, da kennen Sie den Stadtrat offensichtlich schlecht. Wir haben das im Stadtrat sehr intensiv geprüft. Wir haben das auch ausführlich in der GPK diskutiert, das wurde gesagt."

Ich verstehe auch nicht ganz, weshalb man die Sache derart pessimistisch anschaut. Sie haben zu Recht gesagt, dass wir seit 1998 die Steuern um 25% gesenkt haben und zwar nach einer Politik der kleinen Schritte. Es ist ja nicht so, dass wir im Eilschritt vorangegangen sind, sondern wir haben jeweils wirklich kleine Schritte gemacht. Wir schauen, was passiert und dann machen wir den nächsten Schritt. Darum sehe ich an sich auch keine Notwendigkeit, jetzt einen Marschhalt einzulegen, denn wir fahren ja nicht mit dem TGV durch die städtischen Finanzen. Um es noch einmal ganz klar zu sagen: 3% Steuerfussenkungen sind 1,5 Mio. Franken - das wurde ebenfalls gesagt. Gleichzeitig rechnen wir aber mit Zunahmen bei den Steuern durch Zuzüge und durch Gehaltserhöhungen. Das haben wir sehr genau angeschaut von rund 3% unter dem Strich. Der GPK-Sprecher Gemeinderat Peter Wildberger hat es erwähnt, dass wir dann von einem Steuerminus von 500'000 Franken sprechen, das heisst von 1%. Gemeinderat Matthias Hotz hat es uns schon verschiedentlich vorgehalten, dass es meistens besser kommt als prognostiziert. Ich denke, wir haben das sehr genau angeschaut. Aber ich gebe Ihnen insofern recht, dass wir, wenn wir nicht ein erhebliches Nettovermögen im Rücken hätten, in dieser Situation kaum von Steuerfussenkungen gesprochen hätten. Es wurde auch vom Statistischen Amt des Kantons Thurgau veröffentlicht - das war in den Medien nachzulesen -, dass die Zahlen der Gemeinden in den letzten Jahre wesentlich besser geworden sind. Da hinkt der Vergleich, den Sie Gemeinderätin Verena Herzog gemacht haben, natürlich gewaltig. Den Gemeinden geht es generell und eigentlich überall besser, und das hat nichts mit den Kantonsfinanzen, mit dem Wegfall der Nationalbankmillionen usw. zu tun. Da vergleichen Sie wirklich Äpfel mit Birnen. Um es einfach zu sagen, das Statistische Amt des Kantons Thurgau hat gezeigt - es stand in der Thurgauer Zeitung vom 8 November 2011-, dass 14 Gemeinden ein überhöhtes Eigenkapital von über 100-Steuerprozenten haben und die Stadt Frauenfeld eines von 129%. Da haben wir einen gewissen Handlungsbedarf. Ich denke, darin sind wir uns wirklich einig. Es wurde auch mehrfach gesagt, der Hebel sei nicht primär beim Steuerfuss anzusetzen, respektive dort sei die Hebelwirkung relativ klein. Ob man es nun als 'Hase im Pfeffer' bezeichnen soll, wie das Gemeinderat Matthias Hotz gemacht hat - auf alle Fälle liegt der grosse Hebel bei den Investitionen und nur bedingt bei dieser Steuerfussenkung von 3%. Und nochmals, unter dem Strich reden wir von einem Minus von 500'000 Franken. Ich bitte Sie also, diesen Antrag abzulehnen."

Nachdem das Wort zum Antrag von Gemeinderat Peter Hausammann nicht mehr gewünscht wird, lässt der **Ratspräsident** darüber abstimmen.

**Abstimmung Antrag Hausammann:** Dieser Antrag wird mit 22 Nein- und 16 Ja-Stimmen abgelehnt.

## Investitionsrechnung

### **1410 - Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung**

*50600 - Begrüssungstafeln*

**Gemeinderat Peter Wildberger**, Referent der GPK Finanzen und Administration: "Die jetzigen Begrüssungstafeln sollen durch ein digitales System ersetzt werden. Ein Produkt, das sowohl in technischer wie in ästhetischer Hinsicht befriedigt, konnte allerdings bis jetzt noch nicht gefunden werden."

## 2 - ABTEILUNG TIEFBAU

**Gemeinderatspräsident Michael Lerch:** "Die Laufende Rechnung finden Sie im Ordner, Register 2, Seiten 22 bis 31, und die Investitionsrechnung im Register 3, Seiten 3 bis 7."

### Laufende Rechnung

**Gemeinderat Jörg Schläpfer**, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt: "Die GPK wurde in der Sitzung vom 3. November durch Stadtrat Urs Müller über den Voranschlag der Abteilung 2, Tiefbau, informiert.

Der Voranschlag sieht für das Jahr 2012 in der Abteilung Tiefbau ähnlich hohe Einnahmen und Ausgaben vor, wie in den Vorjahren. Der Ertrag beläuft sich auf 12,4 Mio. Franken, der Aufwand auf 7,3 Mio. Franken. Der Nettoaufwand von 5,2 Mio. Franken fällt um 83'500 Franken tiefer aus als im Voranschlag 2011.

Bei den einzelnen Budgetpositionen gab es nur vereinzelt Veränderungen. Einige dieser Abweichungen sind auf eine Anpassung der internen Verrechnungen der Leistungen zwischen dem Werkhof und anderen Verwaltungsabteilungen der Stadt zurückzuführen. Diese Praxisänderung erhöht die Transparenz und steigert bei einzelnen Budgetposten sowohl den Aufwand als auch den Ertrag.

Ein Beispiel dieser neuen Praxis der internen Verrechnung ist auf Seite 24 aufgeführt, die *Kontogruppe 2215, Werkhof-Gebäude.*"

Die Laufende Rechnung wird seitenweise durchberaten. Das Wort dazu wird nicht weiter gewünscht.

## **Investitionsrechnung**

**Gemeinderat Jörg Schläpfer**, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt: "Die geplanten Investitionen in der Abteilung Tiefbau sind tabellarisch auf den Seiten 3 bis 7 der Investitionsrechnung aufgeführt. Die Projekte sind auch noch einzeln im Griff 4 erläutert.

Die geplanten Investitionen sind auf einem hohen Niveau und steigen weiter an. Waren im Jahr 2011 brutto noch 13,7 Mio. Franken veranschlagt, sind es nun 15,4 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen belaufen sich, nach Abzug von Beiträgen Dritter wie dem Kanton, auf noch 7,3 Mio. Franken. Die um 320'000 Franken erhöhten Nettoinvestitionen gehen auf Stadtentwicklungsprogramme und Realisierungen aus dem Agglomerationsprogramm zurück. Der Strassenunterhalt ist im ähnlichen Rahmen wie in den Vorjahren. Hinzu kommen zwei grössere Ausgaben, nämlich die Instandsetzung Langfeldstrasse und Neuhauserstrasse.

In der GPK fanden folgende Budget- oder Investitionsposten verstärkt Erwähnung:

### **2131 - Gemeindestrassen, Plätze, Trottoirs**

#### *50100.285 - Neubau Radwegverbindung*

Für die Umsetzung des vom Volk gutgeheissenen Radwegs entlang dem SBB-Bahngleis sind für das Jahr 2012 900'000 Franken vorgesehen. Der Baubeginn soll im Westen der Stadt beginnen.

#### *50100.295 - Langfeldstrasse*

Die Langfeldstrasse wird künftig intensiver genutzt werden. Für die Entwicklung soll die Langfeldstrasse frühzeitig vorbereitet werden.

#### *50100.301 - Murg-Auen-Park*

Für den vom Volk gutgeheissenen Murg-Auen-Park sind für das nächste Jahr 700'000 Franken budgetiert.

### 50100.302 - Neuhauserstrasse

Die Neuhauserstrasse soll für 940'000 Franken saniert werden. Dabei soll bei der Einmündung Speicherstrasse der Platz gestaltet werden, aber ohne Verkehrsinseln. Das Verkehrsregime 50 wird beibehalten.

Die GPK Bau, Werke, Umwelt genehmigte den Voranschlag für die Abteilung Tiefbau ohne Gegenstimme."

### **2131 - Gemeindestrassen, Plätze, Trottoirs**

#### 50100.302 - Neuhauserstrasse; Sternwarte bis Buechhölzlistrasse, Sanierung

**Gemeinderat Urs Herzog:** "Ich habe zu Seite 4, Punkt 302, Neuhauserstrasse, noch einen Antrag.

Die Diskussion betreffend den Umbau der Neuhauserstrasse hat mich bewogen, die nachfolgenden Überlegungen anzustellen:

*'Auf allen Strassen, wo der Stadtbus fährt, darf zukünftig eine minimale Durchfahrtsbreite von 6 Meter nicht unterschritten werden'.*

Meine Begründung dazu:

Gemäss Recherchen ist eine Fahrbahnbreite von 5,50 Meter bei der Neuhauserstrasse jetzt in Planung. Die jetzige Fahrbahnbreite ist durchgehend 7 Meter. Bei den vorhandenen Parkplätzen ist lediglich noch eine Breite von 5,25 Meter vorhanden. Jeder Stadtbus, Car, Zügelwagen, jedes Landwirtschaftsfahrzeug, jeder Abfall- oder Lastwagen hat heute eine maximale Breite von 2,55 Meter. Dazu kommen noch die Spiegel von je 25 cm auf jeder Seite. Das ergibt eine notwendige Durchfahrtsbreite von 3,05 Metern. Wenn zwei grosse Fahrzeuge sich kreuzen müssen, bei einer Unterschreitung der Fahrbahnbreite von 6 Metern, wäre es unausweichlich, dass ein Fahrzeug aufs Trottoir ausweichen müsste.

Bei der jetzigen Situation auf der Neuhauserstrasse, Höhe Kantisportplatz, verengen die vorhandenen Parkplätze die Fahrbahnbreite jetzt schon auf 5,25 Meter. Wenn ein Stadtbus von oben entgegenkommt, ist selbst da ein Kreuzen mit dem PW kriminell. Wenn ich bei dieser Situation auf der vortrittsberechtigten Spur von unten daherkomme, bleibt mir nichts anderes mehr übrig, als aufs Trottoir auszuweichen. Ich habe grossen Respekt vor dieser Situation, da mir dort schon einmal ein Spiegel abgefahren wurde.

Die Stadtbusbenützung der Strasse beläuft sich gemäss Fahrplan in der oberen Neuhauserstrasse mit der Linie 4, 33-mal und in der unteren Neuhauserstrasse mit der Linie 1, 61-mal pro Wochentag.

Wünsche für die laufende Planung an der Neuhauserstrasse:

- Die Fahrbahnbreite sollte mindestens 6 Meter betragen.

- Durch die Fahrbahnverengung von 7 Meter auf 6 Meter ist ein generelles Parkverbot auf der Neuhauserstrasse notwendig.
- Auf der bergseitigen Fahrbahn soll eine Velospur eingezeichnet werden.

Da das laufende Projekt Neuhauserstrasse jetzt bereits schon in der Planung ist, möchte ich die obigen Überlegungen noch einfließen lassen und stelle deshalb den Antrag, dieses Projekt um ein Jahr zurückzustellen.

Besten Dank für die Unterstützung des Antrages. "

**Gemeinderat Markus Frei:** "Lieber Herr Kollege, ich bin dagegen, weil ich in der Gegend da oben wohne. Wenn etwas 'kriminell' ist, dann wie jetzt gefahren wird. Dies geschieht wegen dieser Fahrbahnbreite. Ich spaziere unter anderem da oben auch mit meinen 'Viechern'. Ich bin aber auch als Lastwagen- und Carfahrer unterwegs. Es sind auch nachher noch genügend räumliche Reserven vorhanden, um dort hin und her zu fahren. Es ist angenehmer, wenn wir aufgrund der Fahrbahnenge unser Tempo reduzieren, als wenn wir künstlich irgendwie mit Pflanzenkübeln oder Betonhindernissen etwas dagegen unternehmen müssen. Das ist meine Meinung. Ich danke."

**Stadtrat Urs Müller:** "Ich bin mir nun nicht ganz sicher, ob es zwei Anträge sind. Handelt es sich generell um einen Antrag auf 6 Meter zu gehen, dort wo der Stadtbus verkehrt? In diesem Fall wäre ich mir nicht sicher, ob dies hier statthaft wäre. Aber der andere Antrag betrifft die Verschiebung um ein Jahr, damit entsprechend nachgeplant werden kann."

Wir befinden uns beim Voranschlag 2012 in der Budgetdebatte. Trotzdem werde ich etwas Materielles zu diesem Antrag einbringen oder beantworten.

Grundsätzlich ist es die Aufgabe des Tiefbauamtes, die Koordination verschiedener Ansprüche, einerseits fachlich, andererseits auch politisch, zu koordinieren. Bei jeder anstehenden Sanierung überprüfen wir grundsätzlich, ob es sinnvolle Verbesserungsmaßnahmen gibt oder die Strasse genau gleich, wie bereits bestehend, saniert wird. Grundlagen bilden vor allem der Verkehrs- und Siedlungsrichtplan mit Fuss-/Velocheck, aber auch Anliegen des ÖV und aus der Bevölkerung.

Nun zur Neuhauserstrasse: Da liegt ein Antrag aus der Bevölkerung vor. Es geht vorliegend um eine Verkehrsberuhigung, die mittels einer Petition im Juni 2008, unterschrieben von 130 Anwohnern, gefordert wird. Diese sieht vor, eine Verkehrsberuhigung mit einer Breite auf der Neuhauserstrasse von 5 Metern herbeizuführen. Dies wäre der Antrag. Wir haben zwar die Petition beantwortet, aber nicht sofort mit einer Umgestaltung der Strasse reagiert, sondern legen das mit dem Zeithorizont zusammen, wenn eine Sanierung aus der Sicht der Werkbetriebe oder eben auch aus Sicht der Strasse selbst fällig wird. Diese Sanierung ist nun fällig. Wir haben die Sanierung der Neuhauserstrasse entsprechend im Voranschlag für das nächste Jahr eingestellt.

Der Antrag gemäss Petition lautet wie erwähnt auf eine Fahrbahnbreite von 5 Metern zu gehen. Wir haben dieses Projekt von Fachleuten prüfen lassen. Der anzunehmende Begeg-

nungsfall war, dass Lastwagen/PW noch gut kreuzen können. Der Lastwagen ist mit dem Bus gleichzusetzen. Hier lautete der Vorschlag der Fachleute auf 5,25 Meter. Das Tiefbauamt hat schlussendlich, um noch den anderen Anliegen gerecht zu werden, ein zweites Trottoir miteinbezogen, das auch eine Minimalbreite benötigt, ansonsten dieses keinen Sinn macht. Das Tiefbauamt hat das Projekt mit einer Breite von 5,5 Metern ausarbeiten lassen, also vom ursprünglichen Antrag von 5 Meter auf die von den Fachleuten vorgeschlagenen 5,25 Meter auf die nun im Projekt schlussendlich festgelegte Sanierungsbreite von 5,5 Meter. Diese Fahrbahnbreite von 5,5 Meter ist breiter als der genannte untere Abschnitt auf Höhe Kantonsschule mit der Parkierung.

Noch zwei Anmerkungen: Der Stadtrat hat dieses Projekt diskutiert und betreffend dem Stadtbus wurde klar gefordert, dass dieser nicht behindert werden darf. Ziel oder Ausgang ist ein Parkierungsverbot in diesem Bereich zu erlassen, wo der Stadtbus verkehrt.

Die Problematik mit den Radfahrern haben wir auch abgeklärt. Es gab eine Variante mit einem Radstreifen. Ich kann an dieser Stelle aus dem Expertenbericht zitieren - und meistens stütze ich mich in solchen Fragen zumindest einmal auf Verkehrsexperten ab. Dort steht: Aufgrund der Belastungen der Neuhauserstrasse ist eine Trennung des Radverkehrs nicht erforderlich. Grundsätzlich sollte abseits der Hauptverkehrsstrasse im Sinne der Koexistenz eine Mischung des Motorfahrzeugverkehrs mit dem Radverkehr angestrebt werden.

Damit möchte ich meine Ausführungen schliessen. Es sind einige Überlegungen angestellt worden, die eine Verschiebung nicht rechtfertigen. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag abzulehnen und dieses Projekt so im Voranschlag für nächstes Jahr zu belassen."

Nachdem keine Wortmeldungen zum Antrag Herzog vorliegen, lässt der **Ratspräsident** darüber abstimmen.

**Abstimmung Antrag Urs Herzog:** Dieser Antrag wird mit 20 Nein- gegen 14 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

### **3 - ABTEILUNG HOCHBAU**

**Gemeinderatspräsident Michael Lerch:** "Die entsprechenden Zahlen zur Laufenden Rechnung ersehen Sie im Ordner, Register 2, Seiten 32 bis 34, und in der Investitionsrechnung im Register 3, Seiten 8 bis 9."

## **Laufende Rechnung**

**Gemeinderat Robert Zahnd**, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt: "Der Nettoaufwand ist 66'000 Franken höher als beim Budget 2011 oder Fr. 280'100.90 über der Rechnung 2010.

### ***Hochbauamt***

Mit der Pensionierung von Herrn Krauter ist der Generationenwechsel abgeschlossen. Die Stellvertretungen im Amt wurden neu geregelt und auf verschiedene Schultern verteilt.

Das Hochbauamt verfügt über ein eigenes Archiv mit Akten, die relativ weit in die Vergangenheit gehen. Die Nutzung ist gegenwärtig nicht so gut, die Lagerung ist auch verbesserungswürdig. Das Archiv soll deshalb aufgearbeitet werden. Dieses Vorhaben dürfte eine längere Zeit in Anspruch nehmen und nicht in einem Jahr beendet sein. Der Eingangsbereich im Amt wird neu gestaltet.

### ***3120 - Projekte***

*36500 - Energiestadt; Förderbeiträge aus Massnahmen*

Budget 2011 50'000 Franken/Budget 2012 25'000 Franken. Bis anhin wurden vor allem Vergünstigungen für Elektrovelos und Beiträge für thermische Anlagen hier verbucht. Neu wurde der Energiefonds geschaffen. Die Elektroveloförderung oder sonstige kleinere Massnahmen sollen weiterhin in diesem Konto verbucht werden. Bei der Energieberatung ist Herr Moos das ganze Jahr angestellt. Gemäss Stadtrat Müller kann jede Person aus den 15 angeschlossenen Gemeinden die Dienstleistungen der Energiefachstelle in einem beschränkten Umfang in Anspruch nehmen.

### ***3210 - Raumplanung***

Hier wird eine 50%-Stelle neu geschaffen. Für die Umsetzung der von uns immer wieder neu geschaffenen oder zur Kenntnis genommenen Massnahmen, zum Beispiel der neue Richtplan Siedlung und Verkehr, reichen die bisherigen Stellenprozente nicht mehr aus."

Die Laufende Rechnung wird seitenweise durchberaten. Es sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

## Investitionsrechnung

**Gemeinderat Robert Zahnd**, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt: "Hier beträgt der Nettoaufwand 920'000 Franken gegenüber 1,555 Mio. Franken im Budget 2011. Die Rechnung 2010 schloss mit einem Nettoaufwand von rund 385'000 Franken ab.

### **3060 - Liegenschaften Finanzvermögen**

*50100 - Altlastensanierung Weberlisrebbberg*

Die Stadt besitzt in Gerlikon Bauparzellen, die vor deren Verkauf saniert werden müssen.

### **3065 - Liegenschaften Verwaltungsvermögen**

*50601 - Einrichtungen für 'Gartenwirtschaft' im Areal Kantonsarchiv.*

Die im Budget 2011 aufgeführten 200'000 Franken wurden nicht ausgegeben. Die Stadt ist mit dem Kanton und dem allenfalls zukünftigen Pächter immer noch am Planen dieser Gartenwirtschaft. Deshalb ist derselbe Betrag im Budget 2012 nochmals aufgeführt.

### **3120 - Planungen allgemein**

*50300 - Planungen Murg-Bogen*

Diese Planung erstreckt sich vom Areal der Firma Herzog an der Sägestrasse bis zur Militärsporthalle.

*50301 - Busbahnhof und Parkhaus am Bahnhof*

Die SBB plant ein Parkhaus am Bahnhof. Damit die Ideen der Stadt auch einfließen können, beteiligt sich die Stadt. Es ist auch angedacht, dass sich die Stadt mit einem zusätzlichen Stockwerk beteiligt.

Noch eine Bemerkung zum **Finanzplan** bei der Abteilung Hochbau:

Im Jahr 2014 sind 600'000 Franken für eine Neuauflage des seinerzeit abgelehnten 'Falkenlifts' aufgeführt. Aufgrund der guten Erfahrungen beim Lift beim 'Goldenen Adler' bezüglich Benutzung und Vandalismus denkt der Stadtrat über eine Neuauflage nach. Der Bau der neuen Fussgängerbrücke durch die Bürgergemeinde beim Coop führt die Fussgänger an die Treppe beim Falken. Nicht alle Leute können diese aber auch benutzen und müssen den Umweg über den alten Werkhof oder über das Schloss nehmen. Wie hoch die Emotionen bei diesem Projekt diesmal gehen, werden wir dann sehen.

## 5 - ABTEILUNG ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

**Gemeinderatspräsident Michael Lerch:** "Die Laufende Rechnung ersehen Sie aus dem Griff 2, Seiten 35 bis 40, und die Investitionsrechnung im Griff 3, Seite 10."

### **Laufende Rechnung**

**Gemeinderat Roland Wyss,** Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit: "Die GPK Gesellschaft und Sicherheit wurden von Stadtrat Ruedi Huber und Dienststellenleiter Werner Spiri über den Voranschlag der Abteilung 5, Öffentliche Sicherheit, informiert.

Da die Erläuterungen sehr umfangreich sind, gab es in der Abteilung 5 nur wenige Ergänzungen und Bemerkungen:

### **Neunutzung-ALST**

Wie bereits vor einem Jahr angekündigt, steigt der Bund definitiv aus dem Vertrag aus. Dies hat zur Folge, dass die ALST für eine zivile Nutzung umgerüstet werden kann. Der Standort für eine solche Nutzung ist in Sportplatz- und Kunsteisbahnnähe ideal und wird bereits heute von vielen Vereinen genutzt.

Schon bei der Erstellung der ALST im Jahre 1972 wurden Fundamente für eine Mehrzweckhalle vorgesehen. Diese will man jetzt für die Erstellung der Turnfabrik nutzen. Zudem müssen mögliche Synergien, wie beispielsweise die Sanitäranlagen, überprüft werden. Es gilt also eine Einheit zwischen Unterkunft und Turnfabrik zu finden, welche auf lange Sicht miteinander, aber auch nebeneinander funktioniert. Dies ist nicht ganz einfach. Einerseits kann es der Turnfabrik nicht schnell genug gehen, andererseits braucht der Stadtrat Zeit, um die nötigen Nutzungen und deren Auswirkungen genau zu prüfen, damit eine sinnvolle und finanzierbare Nutzung der Unterkunft erreicht wird.

Die GPK unterstützt das Anliegen, die ALST für Vereine und bei Grossanlässe zivil nutzen zu können.

### **Zivilschutzregio**

Gemäss einem Schreiben vom Bund müssen sämtliche Zivilschutzregionen neu für die Materialbeschaffung 40'000 Franken einsetzen. Das Material wird künftig gemeinsam und einheitlich angeschafft. Der Nachholbedarf ist auch bei der Zivilschutzregio Frauenfeld nachgewiesen. So entsprechen beispielsweise die Kompressoren und die Seilzugvorrichtungen nicht mehr den heutigen Sicherheitsbestimmungen.

### **Sicherheit öffentlicher Raum**

Zusammen mit der SBB und zwei Liegenschaftenbesitzern übernimmt die Stadt Frauenfeld die Überwachung des Bahnhofplatzes. Dieser Anteil ist mit 70'000 Franken veranschlagt. Eine Teilabgeltung dieses Betrages geschieht über den erhöhten Finanzausgleich des Kantons. Der Einsatz der privaten Sicherheitsfirma wird ständig überprüft und wenn nötig angepasst. So wurde beispielsweise eine Partnerschaft mit dem Bahnhof Wil eingegangen. Dadurch wird auch die Wilerbahn mit einbezogen.

Wie die kürzlich durchgeführte Umfrage ergeben hat, ist das Sicherheitsgefühl am Bahnhofplatz gestiegen. Auch kann festgehalten werden, dass der Bahnhofplatz sauberer geworden ist. Es ist wichtig, die Sicherheit dort zu gewährleisten, wo viele Leute gezwungenermassen frequentieren müssen.

Dem Stadtrat ist bewusst, dass durch das Eingreifen am Bahnhofplatz eine Verlagerung der Szene in andere Gebiete stattgefunden hat. Dieses Problem gilt es im Auge zu behalten und zu verbessern."

Die Laufende Rechnung wird seitenweise durchberaten, und es liegen keine Wortmeldungen des Rates vor.

### **Investitionsrechnung**

**Gemeinderat Roland Wyss**, Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit: "Zur Investitionsrechnung habe ich keine Bemerkungen.

Die GPK stimmte dem Voranschlag der Abteilung 5 einstimmig zu."

## **6 - ABTEILUNG GESUNDHEIT**

**Gemeinderatspräsident Michael Lerch**: "Die Laufende Rechnung ersehen im Griff 2, Seiten 41 bis 43. Eine Investitionsrechnung ist bei dieser Abteilung nicht vorhanden."

### **Laufende Rechnung**

**Gemeinderat Stefan Leuthold**, Referenz der GPK Gesellschaft und Sicherheit: "Als Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit erläutere ich Ihnen die aus meiner Sicht wichtigsten Punkte zur Laufenden Rechnung, Abteilung Gesundheit.

Die Laufende Rechnung sieht einen um rund 640'000 Franken höheren Nettoaufwand gegenüber dem laufenden Rechnungsjahr vor, wobei es sich hauptsächlich um Mehrausgaben handelt, für welche wir gesetzliche Grundlagen haben oder welche durch vorgelagerte Stellen aufgezwungen werden.

Im Detail sind dies: Bei *den Abteilungsbezogenen Aufwendungen und Erträgen, Kontogruppe 6005*: 60'000 Franken für die Umsetzung von Legislatorschwerpunkten, beispielsweise die Überarbeitung des Alterskonzeptes aus dem 2003. Dies ist nur mit zusätzlichen personellen Ressourcen möglich. Weil dafür fundierte Kenntnisse erforderlich sind, muss ein Teil der Fachleute extern beigezogen werden. Die Umsetzung dieser Schwerpunkte hat hohe Priorität und sollte deshalb nicht aufgeschoben werden. *Krankenkassenkontrolle und AHV-Gemeindestelle, Kontogruppe 6115*: Durch neue gesetzliche Grundlagen wird der Aufwand für die Krankenkassenkontrollstelle höher. Für diese und für die AHV-Stelle sind deshalb brutto 100'000 Franken Mehrkosten veranschlagt. Die AHV-Stelle rechnet damit, ab Januar 2012 im Auftragsverhältnis den Pool sämtlicher Thurgauer Daten mit den Krankenkassen koordinieren zu können, was zu einer Rückvergütung des Kantons von 40'000 Franken führt und die Mehrkosten somit auf netto 60'000 Franken reduziert.

Die Kosten für die individuelle Prämienverbilligung werden um rund 150'000 Franken steigen. Hier tritt 2012 eine Revision des Krankenversicherungsgesetzes in Kraft, was die Festlegung eines genauen Betrags für das Budget erschwert. Zur *Krankenfürsorge, Kontoposition 63500*: Der Beitrag an den Verein 'Frauenfelder Spitex-Dienste', welche die Grundversorgung des Service Public sicherstellt, ist mit 1,19 Mio. Franken etwas tiefer budgetiert als im Vorjahr. Der Grund liegt darin, dass seit 1. Januar 2011 die Spitexpatienten einen Eigenanteil zahlen.

Zu *Kontoposition 36506*: Seit 1. Januar 2011 ist die öffentliche Hand verpflichtet, Spitexleistungserbringern auch ohne kommunalen Leistungsauftrag - sogenannten privaten Spitex - einen Beitrag an nicht gedeckte Restkosten zu bezahlen. Hier ist mit 110'000 Franken Mehrkosten zu rechnen.

Nun noch zur *Kontoposition 36507*: Ebenfalls seit 1. Januar 2011 muss die öffentliche Hand Beiträge an die stationären Pflegekosten entrichten, wovon die Hälfte auf die Gemeinden entfällt. Hier sind vom Kanton nur grobe Angaben erhältlich, was ein genaues Budgetieren verunmöglicht. Das Budget sieht Mehrkosten für die Pflegefinanzierung von 260'000 Franken vor.

Die GPK Gesellschaft und Sicherheit hat dem Budget für die Abteilung 6, Gesundheit, einstimmig zugestimmt. Danke."

Die Laufende Rechnung wird seitenweise durchberaten. Das Wort wird dazu seitens des Rates nicht ergriffen.

## 7 - ABTEILUNG SOZIALES

**Gemeinderatspräsident Michael Lerch:** "Die Laufende Rechnung ist im Griff 2, Seiten 44 bis 49, enthalten. Eine Investitionsrechnung ist hier ebenfalls keine vorhanden."

### Laufende Rechnung

**Gemeinderat Markus Frei,** Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit: "Bei den ersten Zahlen in der Abteilung 7, Soziales, Seite 44 im Ordner, fällt auf, dass der Nettoaufwand nicht nur um 1,2 Mio. Franken kleiner ist als im Vorjahr, sondern auch kleiner als die Rechnung aus dem Jahr 2010. Und dies im Sozialamt, wo man doch befürchten musste, dass die Wirtschaftskrise sicher mehr Sozialfälle produziere, was sich dann auch im Aufwand niederschlagen würde. Dem ist nicht so - oder noch nicht so -, denn ausgestanden scheint die Krise unseres Erachtens noch nicht. Man darf dies aber auch so deuten, dass in dieser Abteilung auf allen Ebenen gut gearbeitet wird."

Der Voranschlag ist eine moderate Weiterführung, gar ein mutiges, optimistisches Budget. Der Voranschlag wurde bei der Vorstellung in der GPK gut begründet und durch die Angaben bei den Sternchen gut erläutert, so dass es keine grösseren Diskussionen gab.

Ich beschränke mich deshalb hier auf die nicht erläuterten Posten und Abweichungen - erlaube mir dafür, besonders auch für die neuen Damen und Herren im Rat, die Aufgaben der Sozialen Dienste im Schnellgang zu umschreiben und darauf hinzuweisen, wo im Amt aktuell der Schuh drückt - quasi etwas Fleisch an die trockenen Zahlenknochen zu hängen.

### 71 - Sozialdienste

Die Sozialhilfe der Stadt Frauenfeld hilft Menschen in Notlagen durch Beratung sowie finanzielle Unterstützung und ermöglicht ihnen ein menschenwürdiges Leben. Anrecht auf diese Hilfe haben alle in der Stadt Frauenfeld wohnhaften Personen, unbeachtet der Ursache ihrer Notlage.

Oberstes Ziel der Sozialhilfe ist nicht Sozialhilfegelder zu verteilen, sondern die Wiederherstellung sowie Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Selbständigkeit. Im Mittelpunkt der Hilfe steht somit nicht die finanzielle Unterstützung, sondern die Integration in die Arbeitswelt und in die Gesellschaft, sowie die Vorbeugung von Notlagen. Um dieses ambitionöse Ziel zu erreichen, arbeitet die Sozialhilfe eng mit anderen öffentlichen sowie privaten sozialen Institutionen zusammen und betreibt ein interdisziplinäres Case Management.

Die finanzielle Unterstützung bemisst sich am detailliert nachzuweisenden sowie geprüften Bedarf und wird erst dann gewährt, wenn alle anderen Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind (eigenes Einkommen und Vermögen, Unterstützung von Verwandten, Leistungen von Sozialversicherungen, etc.).

Die Sozialhilfe beherbergt und betreut auch die vom Bund zugewiesenen Asylbewerbenden, bis deren Aufenthaltsstatus festgelegt ist. Auch Frauenfeld wird demnächst einige Bewerber und Bewerberinnen mehr aufnehmen müssen als bis anhin. Von Anneliese Zingg, Vorsteherin der Sozialen Dienste, erhielt ich auf meine Frage: 'Was beschäftigt euch auf euerem Amt vordergründig und hintergründig bei eurer Arbeit?', folgende Antworten, die ich zusammen gerafft habe:

- Die Sozialhilfe ist mit vielen Anfragen im Fokus der Presse, dies nicht nur erst, aber besonders seit der Ermordung der Vorsteherin des Sozialamtes in Pfäffikon im August dieses Jahres.
- Auch in Frauenfeld gehen Drohungen gegen Mitarbeitende ein. Dies erforderte Weiterbildung über den Umgang mit solchen Situationen.
- Die zunehmend komplexeren Dossiers erfordern regelmässige Reflexion mittels Supervision.
- Die Anzahl von Kindern aus nichtehelichen Verhältnissen nimmt zu, ebenso die hohe Anzahl von Mischehen aus Schweizerinnen und Schweizern mit Ausländerinnen und Ausländern.
- Häusliche Gewalt.
- Vermehrte Beistandschaften für ältere Menschen.
- Einführung der Stiftung Wetterbaum: Sozialhilfeklienten erhalten dort die Möglichkeit, betreut zu werden, zu arbeiten und dabei etwas zu verdienen.
- Trotz kritischer Wirtschaftslage konnten viele Klienten in den Sommermonaten in Arbeit vermittelt werden.
- Der befürchtete Anstieg der Sozialhilfeklienten infolge der Wirtschaftslage und der Revision der Arbeitslosenversicherung (frühere Aussteuerung wegen gekürzten Bezugsfristen) hat nicht oder noch nicht stattgefunden.
- Viel Spendengelder konnten für Kinderlager, Hobbys und Sport von Serviceclubs wie Rotary zusammengesucht werden.
- Zahlreiche Familien konnten mit den angebotenen familienergänzenden Massnahmen in der Erziehungsarbeit unterstützt und somit kostspielige Fremdplatzierungen vermieden werden.
- Wenn die IV Rente nach einer Revision abgesprochen wird, ist das zwar günstiger für die IV, diesen Menschen bleibt aber oft nur noch der Gang zum Sozialamt.
- In der Sozialhilfe sind 25% junge Klienten unter 25 Jahren. Dies zeichnet sich durch Unverbindlichkeit, hohe Fluktuation und Abbrüche bei Arbeitsstellen aus.

- Überdies bieten die Sozialdienste Praktikumsstellen für Studierende an der Fachhochschule für Soziale Arbeit an.
- Und schliesslich: Frauenfeld ist in unsern Breitengraden eine Zentrumsstadt mit allen Vor- und Nachteilen. Weil Landgemeinden oft wenig günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen können, wird - wenn zum Beispiel Familien auseinanderbrechen - oft zuerst in Frauenfeld Unterkunft und vielleicht auch Arbeit gesucht. Zudem werden oft günstige Wohnungen renoviert. Dies bringt den Vermietern zwar höhere Erträge ein, dem Sozialamt aber geht so Wohnraum verloren.

Nun noch zu einigen in den Erläuterungen nicht erwähnten Beträgen bzw. Betragschwankungen. Die Erläuterungen, die mit Sternchen gekennzeichnet sind, haben Sie ja schon zu Hause studiert.

### **7110 - Fürsorge**

#### *31801 - Betriebskosten*

Die Betriebskosten wurden im Vergleich zum Vorjahr um das Doppelte auf 25'000 Franken erhöht. Dafür werden bei den Rückvergütungen in den Konti 43601 und 43602 je 300'000 Franken mehr erwartet.

#### *46101 - Beitrag von Finanzausgleich Gemeinden*

Beim Finanzausgleich bekommt die Stadt dieses Jahr vom Kanton 400'000 Franken mehr als im Vorjahr.

### **7220 - Kostenbeiträge**

#### *36515 - Tagesschulangebot Frauenfeld*

Neu dabei ist das Tagesschulangebot in Huben, deshalb der Anstieg um 90'000 Franken auf 270'000 Franken.

### **7320 - Arbeitsmarktliche Massnahmen**

#### *36501 - Beschäftigungsprogramme*

In der Rechnung 2010 stand noch ein Aufwand von 291'000 Franken zu Buche, im Voranschlag 2011 noch 100'000 Franken und jetzt im Voranschlag 2012 gar nichts mehr. Wieso denn dies? Neu werden eben diese Kosten auseinandergenommen und in den einzelnen Klientenkonten ausgewiesen, so unter *Kontogruppe 7110, Unterkonti 36600, Unterstützungen Thurgauer und 36601, Unterstützung Schweizer sowie 36602, Unterstützung Ausländer*.

## **Soziale Investitionen**

Wie schon seit Jahren weist die Verwaltungsabteilung Soziales keine Investitionskosten aus. Etwas anders ausgedrückt kann man aber auch sagen: Diese Ausgaben sind zum grossen Teil soziale Investitionen in Menschen. Die Laufenden Rechnungen sind unsere Investitionen. Und diese sind wesentliche Bestandteile auch eines sozialen Friedens.

Zum Schluss noch ein Quervergleich: Im Register 10 des Budgetordners - zwischen den beiden orangefarbenen Seiten ist eine Übersichtstabelle betreffend der Kostenentwicklung Sozialdienste der letzten zehn Jahre einsehbar. Hervorzuheben gilt dabei, dass der Voranschlag 2012 nur etwa um 10% höher liegt als die Rechnung von 2004 - also fast auf dem Niveau von vor sieben Jahren. Wir meinen auch aus diesen Zahlen lesen zu dürfen, dass auf der Abteilung Soziales sehr gut, das heisst budgetbewusst und verantwortungsvoll gearbeitet wird. Auch dorthin ein grosser Dank.

Die GPK heisst den Voranschlag 2012 der Verwaltungsabteilung Soziales einstimmig gut. Wir bitten Sie, tun sie dies der GPK gleich. Danke."

Im Rahmen der seitenweise Durchberatung der Laufenden Rechnung wird das Wort seitens des Rats nicht ergriffen.

## **8 - ABTEILUNG JUGEND, SPORT UND FREIZEIT**

**Gemeinderatspräsident Michael Lerch:** "Die Laufende Rechnung finden Sie im Griff 2, Seiten 50 bis 55, und die Investitionsrechnung im Griff 3, Seiten 11 bis 12."

### **Laufende Rechnung**

**Gemeinderat Christoph Keller,** Präsident der GPK Gesellschaft und Sicherheit: "Ich spreche im Namen der GPK Gesellschaft und Sicherheit.

Das erste Budget der Abteilung 8, Jugend, Sport und Freizeit, unter der Verantwortung von Jung-Stadtrat Ruedi Huber liegt über dem Rahmen der Vorjahre. Gemäss Aussage von Stadtrat Huber an der GPK-Sitzung vom 26. Oktober war er irgendwie überrascht und erstaunt, wie viele Anlagen in dieser Abteilung zusammengefasst werden. Einerseits sind es die Infrastrukturmenge, andererseits aber auch die äusserst hohe Benützungsfrequenz und die langen Öffnungszeiten von bis zu 365 Tagen im Jahr, welche dazu führen, dass der Unterhalt immens ist. Die GPK ist mit den Budgetverantwortlichen und dem gesamten Stadtrat einverstanden, dass im vorliegenden Budget der Abteilung 8 dem hohen Level Rechnung getragen wird. Luxusideen sollten aber aussortiert werden. Dies soll auch in Zukunft so bleiben!

Wie Sie aus Ihren Unterlagen ersehen können, sieht das Budget Ausgaben in der Höhe von 5,383 Mio. Franken und Einnahmen von 2,408 Mio. Franken vor. Der Ausgabenüberschuss liegt bei 2,975 Mio. Franken, was rund eine halbe Million Franken höher ist als der Ausgabenüberschuss des Vorjahres. Diese Erhöhung ist aber in zahlreichen notwendigen Anpassungen und unabdingbaren Ersatzbeschaffungen begründet, die Sie gut erläutert in Ihren Unterlagen finden. Diese möchte ich nicht alle einzeln aufzählen. An der GPK-Sitzung wurden die auffälligsten Posten detailliert und teilweise mit Fotos ergänzt erklärt. Drei besondere Posten möchte ich dennoch erwähnen, welche die eingangs erwähnten Notwendigkeiten illustrieren:

In der Festhalle werden neben verschiedenen umfangreichen Ersatzbeschaffungen auf der Nordseite zwei notwendige Notausgänge geschaffen. Mit dieser Anpassung kann die Kapazität der allmählich an ihre Grenzen stossenden Festhalle von 2'000 auf 3'000 Besucher erhöht werden.

Im Hallen- und Freibad wird der Unterwasserroboter ersetzt, der während 365 Tagen pro Jahr im chlorigen Wasser ein eigentliches Ausdauer-Beckenboden-Training absolviert. Bekanntlich ging in diesem Herbst das Aussenfeld der Kunsteisbahn eine Woche später auf. Der Grund dafür sind defekte Absperrventile der Ammoniakleitungen, welche nun über das Budget 2012 ersetzt werden. Diese Beispiele zeigen, dass der hohe Standard unserer Anlagen und die teilweise extreme Nutzung nicht gratis zu haben sind."

Die Laufende Rechnung wird seitenweise durchgearbeitet. Dazu wird seitens des Rates das Wort nicht ergriffen.

## **Investitionsrechnung**

**Gemeinderat Christoph Keller**, Präsident der GPK Gesellschaft und Sicherheit: "Bei den Investitionen sieht es wie folgt aus: Im Voranschlag 2012 werden in der Abteilung 8 rund 1,6 Mio. Franken investiert. Neben den 100'000 Franken für den Inventarrückkauf im Zusammenhang mit dem 2013 bevorstehenden Pächterwechsel im Casino werden 660'000 Franken im Hallen- und Freibad investiert. Dabei sind die Themen Energieoptimierung, zusätzliche Gruppen- und Familiengarderoben, Ersatz der Kassenautomaten und umfangreiche Anpassungen an der Elektronik. Ein besonderes Augenmerk wird auch auf die Hallenbaddecke geworfen: Nachdem Schäden an der Holz-Deckenverkleidung entdeckt und behoben worden sind, werden mit einem Planungskredit von 30'000 Franken die Beton-Deckenelemente unter die Lupe genommen. Die Statikabklärungen beim Hallenbaddach werden auch neue Erkenntnisse bezüglich einer allfälligen Nutzung der Hallenbaddachfläche für die Energiegewinnung liefern.

Die grösste Tranche der Investitionen - nämlich 824'000 Franken - fliesst in die Kunsteisbahn. Während 74'000 Franken für die Beschallungsanlagenanierung ausgegeben werden und die neue, elektrobetriebene Eisreinigungsmaschine 200'000 Franken kosten wird, geht eine gute halbe Million Franken als weitere Etappe der Energieoptimierung in eine Wärmepumpe. Gemäss Auskünften von Stadtrat Huber sind die Verantwortlichen daran abzuklären, ob es Sinn

machen könnte, die überschüssige Abwärme der Kunsteisbahn für die Beheizung der ALST und der Turnfabrik zu nutzen. Geprüft wird ein sogenanntes 'Anenergienetz', das heisst die relativ kühle, nicht mehr direkt für Heizzwecke nutzbare Abwärme der Kunsteisbahn würde mit Hilfe eines Wasserkreislaufs zur ALST bzw. Turnfabrik transportiert und dort mit Hilfe einer Wärmepumpe veredelt. Ob diese Zukunftsmusik auch wirklich gespielt wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch offen.

Die Zahlen im **Finanzplan 2013 bis 2015** sind für die Abteilung 8 (auf Seite 27 im Finanzplan-Anhang zu finden). Auf den ersten Blick sind sie nicht besonders auffällig. Im Vergleich zum letzten Finanzplan aber ist der Wellness-Bereich im Hallen- und Freibad für geplante 3,3 Mio. Franken dem Rotstift zum Opfer gefallen. Gemäss Stadtrat Huber gehört ein Wellnessangebot nicht zu den Kernaufgaben einer Stadt. Weiter soll mit diesem Verzicht einem allfälligen privaten Investor eine Möglichkeit geboten werden. Sonst reihen sich Investitionen an, die einer gewissen Logik entsprechen. Grossprojekte stehen im Moment also im Finanzplan nicht an.

Es gibt allenfalls noch zwei Unsicherheiten, nämlich die allenfalls notwendige Sanierung des Hallenbaddaches und die noch offene Nutzung der ALST.

Abschliessend möchte ich im Namen der GPK den Verantwortlichen der Abteilung 8 herzlich für die Aufbereitung der Budgetzahlen sowie für die interessanten und einleuchtenden Erklärungen danken. Die GPK ist überzeugt, dass in diesem Budget realistische und vernünftige Lösungen für die Anlagenbenutzer, aber auch für die Steuerzahler vorgeschlagen werden.

Die GPK war einstimmig für die Annahme des Budgets 2012 der Abteilung 8. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!"

## **WERKBETRIEBE**

**Gemeinderatspräsident Michael Lerch:** "Die Laufende Rechnung ist im Griff 8, Seiten 15 bis 20, und die Investitionsrechnung im selben Griff auf Seite 27 ersichtlich."

### **Laufende Rechnung**

**Gemeinderat Matthias Frei,** Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt: "Im Namen der GPK Bau, Werke, Umwelt möchte ich Ihnen einige Gedanken zum Voranschlag 2012 der Werkbetriebe Frauenfeld auf den Weg in die Adventszeit mitgeben. In der stadträtlichen Botschaft an den Gemeinderat betrifft der vierte Antrag die GPK Bau, Werke, Umwelt, welche - ich nehme es vorweg - dem genannten Antrag einstimmig zustimmt und den Voranschlag 2012 der Werkbetriebe gutheisst.

Vorgängig ist zu sagen, dass vor der GPK schon die Fachkommission der Werkbetriebe den Voranschlag eingehend durchberaten hat.

Meine Damen und Herren, die Werkbetriebe verfügen bei einer gesunden Finanzlage mittlerweile über einen Umsatz von gegen 59 Mio. Franken, gegenüber dem städtischen Umsatz von 72 Mio. Franken. Die Werkbetriebe werden also finanziell je länger, desto gewichtiger. Für das laufende Jahr 2011 war ein Umsatz von 55 Mio. Franken veranschlagt. Die Zahlen steigen also kontinuierlich an, mehrheitlich durch die Ein- und Ausgaben im Energiehandel verursacht.

Der Erdgasverbrauch wird gemäss Ernst Haas, Direktor der Werkbetriebe, vor allem im laufenden, letzten Quartal 2011 markant ansteigen, was auf die Rekordernte der Zuckerfabrik als grösste Gasbezügerin zurückzuführen ist. In Sachen Gaspreis kann man sich in Frauenfeld über die ostschweizweit sehr tiefen Tarife glücklich schätzen. Gegenwärtig ist eine gewisse Preisstabilität gegeben. Die zukünftige Preisentwicklung kann aber nur schwierig abgeschätzt werden. Die Erdgas-Tarife hängen trotz einer teilweisen Abkoppelung doch immer noch mit dem Erdölpreis zusammen.

Und dann dies: Bewundernswert, dass die Wasserpreise in Frauenfeld seit 1991 nicht erhöht wurden. Dank einer permanenten Überwachung des Leitungsnetzes können Reparaturen vorgenommen werden, bevor grössere Schäden entstehen. Dies wirkt sich finanziell natürlich positiv aus. Demgegenüber ist der Wasserverbrauch negativ, also stetig abnehmend. Dies könnte in Zukunft in Sachen Hygiene oder bei den Kosten problematisch werden.

Zum EW: Für 2012 bleiben die Strompreise stabil und können im gesamtschweizerischen Vergleich als durchschnittlich gut bezeichnet werden. Gemäss Ernst Haas wird für 2011 eine leichte Zunahme im Stromverbrauch von 0,6% prognostiziert. Ein Grund für den Anstieg ist auch der vermehrte und lobenswerte Einsatz von elektrisch betriebenen Wärmepumpen.

Die Lohnkosten bei den Werkbetrieben sind leicht gesunken, was auf viele Pensionierungen einerseits und andererseits auf Neu-Anstellungen von jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zurückzuführen ist.

Zu den Brutto-Ertragsüberschüssen, die in allen drei Werken höher liegen als im Budget 2011. Sie betragen: Elektrizität 1,5 Mio. Franken, Gas 650'000 Franken, Wasser 730'000 Franken. Mit Ausnahme eines kleinen Netto-Ertragsüberschusses beim Wasserwerk werden diese Brutto-Ertragsüberschüsse vollständig als ordentliche Abschreibungen verbucht. "

Die Laufende Rechnung wird seitenweise durchberaten. Dazu liegen keine Wortmeldungen aus dem Rat vor.

## **Investitionsrechnung**

**Gemeinderat Matthias Frei**, Referent der GPK Bau, Werke Umwelt: "Mit rund 7,2 Mio. Franken netto soll überdurchschnittlich viel investiert werden. In allen drei Werken sind die

Investitionen höher als im Voranschlag 2011, vor allem beim Gaswerk wird markant mehr investiert. Konsequenz der Mehrinvestitionen ist ein tieferer Selbstfinanzierungsgrad für 2012. Gemäss Michael Gemperle, kaufmännischer Leiter der Werkbetriebe, dürfen Selbstfinanzierungsgrade in diesen Sphären nicht über mehrere Jahre zur Regel werden. Für 2012 liegen sie, gesamthaft über die drei Werke betrachtet, bei durchschnittlich 42,5%, im Gegensatz zum Voranschlag 2011 mit durchschnittlich 73%. Dadurch steigen auch die Restbuchwerte an, von total 9,5 Mio. Franken im Budget 2011 auf 12,7 Mio. Franken für das Budget 2012. Übrigens: Bei den Werkbetrieben sind die Abschreibungssätze fix, nämlich bei jeweils 20% für Strom und Gas, sowie bei 12% beim Wasserwerk. Zahlen, die sich bewährt haben.

Betreffend Finanzplanung 2013 bis 2015, welche es zur Kenntnis zu nehmen gilt, ist zu sagen, dass sich die Investitionen im Gegensatz zum Budget 2012 wieder tiefer einpendeln. Die allesamt notwendigen Investitionen schlagen sich aber sowohl in der Gegenwart, aber vor allem auch für die Zukunft nieder, tragen zu den hochwertigen Dienstleistungen der Werkbetriebe bei und gewährleisten die in Frauenfeld geschätzte, hohe Versorgungssicherheit.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, möchte ich namens der GPK Ernst Haas sowie seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, allen voran den kaufmännischen Leiter Michael Gemperle, für die übersichtliche Buchführung und das Aufbereiten der Unterlagen mit einem herzlichen Dank versehen."

## **ALTERSZENTRUM PARK**

**Gemeinderatspräsident Michael Lerch:** "Wir kommen zum letzten Voranschlag und zwar zum Voranschlag des Alterszentrums Park, unterteilt in die Häuser Talbach/Ergaten, Betreutes Wohnen, Tageszentrum und Parksiedlung Talacker. Die Zahlen der Laufenden Rechnung sind im Griff 9 zu finden. Eine Investitionsrechnung ist hier keine vorhanden."

## **Laufende Rechnung**

**Gemeinderat Stephan Leuthold,** Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit: "Gemäss Curaviva Kontenplan wird für das Alterszentrum Park keine eigentliche Investitionsrechnung geführt. Investitionen über 100'000 Franken werden in der Bilanz dargestellt und Investitionen über 300'000 Franken müssen dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werden. Für das Jahr 2012 sind keine solchen Investitionen vorgesehen."

Zur Laufenden Rechnung: Im Vergleich zum Voranschlag 2011 erhöhen sich die laufenden Kosten um 3,8% und die Erträge um 8,2%. Der Hauptgrund für den Mehrertrag ist auf die Einnahmen durch die Inbetriebnahme der Parksiedlung Talacker zurückzuführen. Für das Jahr 2012 wird im Voranschlag eine durchschnittliche Bettenbelegung von 96% angenommen. Die Pensions- und Wohnungspreise bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert, und die vom Gemeinderat beschlossene Pflege- und Betreuungstaxe ist im Voranschlag berücksichtigt.

### **Häuser Talbach/Ergaten**

Das Pflegepersonal wird um zwei Vollstellen, die Pflegedienstleistungen mit einer 60%-Stelle und das Hausdienstpersonal ebenfalls um 160-Stellenprozent aufgestockt. Im Weiteren sind bei den Besoldungen 0,5% Teuerung und 2% individuelle Lohnerhöhung vorgesehen.

### **Betreutes Wohnen**

Der Stellenplan wurde um 0,2 Stellen auf 3,4 Stellen erhöht, womit weniger Überstunden anfallen werden. Im Weiteren wurden bei den Besoldungen 0,5% Teuerung und 2% individuelle Lohnerhöhung berücksichtigt. Hier können erfahrungsgemäss Differenzen auftreten, da sich bei einer kleinen Anzahl von Bewohner/-innen jede Änderung markant auf die Belegung auswirkt.

### **Tageszentrum Talbach**

Als Basis für den Voranschlag dienen vier Öffnungstage pro Woche, mit einer Belegung von 60%. Der Voranschlag 2012 ist ausgeglichen.

### **Parksiedlung Talacker**

Neu wurde eine 'Rund-um-die-Uhr-Präsenz' einer Pflegeperson veranlagt, welche einerseits durch die Wohnungspreise, andererseits durch die Einnahmen aus pflegerischen Leistungen gedeckt wird. Durch den Abschluss der Startphase wird sich der administrative Aufwand für die Parksiedlung leicht reduzieren. Beim *Aufwand für Anlagennutzung, Konto 440*, wurde aus unserer GPK beanstandet, dass der Abschreibesatz 2011 mit 612'000 Franken zu tief angesetzt sei. Dieser müsste bei rund 700'000 Franken liegen, um die Investitionskosten von rund 28 Mio. Franken in 40 Jahren amortisieren zu können. Zu den *Spezialfinanzierungen* wünscht unsere GPK, dass zukünftig im Budget der Stand der verschiedenen Spezialfinanzierungen aufgezeigt werden soll, damit die Entwicklung nachvollzogen werden kann.

Die GPK Gesellschaft und Sicherheit stimmt dem Voranschlag 2012 des Alterszentrums Park einstimmig zu. Danke."

Auch hier wird der Zahlenteil der Laufenden Rechnung seitenweise durchberaten. Seitens des Rates sind keine Wortmeldungen dazu zu verzeichnen.

### **ANSCHAFFUNGEN, MOBILIAR, GERÄTE, MASCHINEN, FAHRZEUGE/KONTO 31100 (Griff 6)**

Keine Bemerkungen.

**FINANZKENNZAHLEN** (ohne Werkbetriebe, Griff 7)

Keine Bemerkungen.

**STAND DER LANGFRISTIGEN DARLEHEN UND ZINSAUFWENDUNGEN FÜR DEN VORANSCHLAG 2012** (Griff 10)

Keine Bemerkungen.

**KOSTENENTWICKLUNG SOZIALDIENSTE** (Fürsorge; 7110 + 7115; Rechnung 2001 bis Voranschlag 2012; Griff 10)

Keine Bemerkungen.

**RÜCKKOMMEN**

Seitens des Rates wird kein Rückkommen auf den Voranschlag 2012 gewünscht.

**BOTSCHAFT; ANTRÄGE**

**Stadtammann Carlo Parolari:** "Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich danke Ihnen namens des Stadtrates für die heute sehr intensiv geführte, aber gute Diskussion. Sie haben zu Recht - die Finanzchefs der Stadt, der Werkbetriebe und des Alterszentrums mit ihren jeweiligen Teams gelobt. Da wird wirklich ausgezeichnete Arbeit gemacht und ich gebe dieses Lob sehr gerne weiter, auch an alle Dienststellenleiter und Amtschefs, welche diese Zahlen aufbereitet haben. Sie haben die Budgets der Stadt bereits in den GPKs und auch in den Fraktionen, gründlich geprüft und durchgecheckt. Wir sind Ihnen in der GPK Rede und Antwort gestanden. Ich denke, das hat sich bewährt, so dass heute wenige Detailfragen gekommen sind. Namens des Stadtrates danke ich Ihnen bereits jetzt, wenn Sie der vorgeschlagenen Steuerfussreduktion zustimmen. Wenn mich mein politisches Kalkül nicht völlig im Stich lässt, wird diese eine Mehrheit finden.

Es ist mir aber auch ein Anliegen, im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen, Ihnen zu danken, insbesondere für die nicht selbstverständliche Besoldungsanpassung, wenn Sie diese gutheissen. Es wurde mehrfach geäussert, dies sei 'wirtschaftlich nicht zwingend' - so Gemeinderat Regli - oder 'sie stehe etwas quer in der Landschaft' - so Gemeinderat Hotz - und Gemeinderätin Verena Herzog hat uns sogar 'schlechtes Beispiel' vorgeworfen oder es sei

'eine Solidaritätsverletzung'. Ich möchte vor allem Gemeinderätin Herzog darauf hinweisen, dass Sie da etwas nicht ganz verstanden haben, wenn Sie sagen, die 0,5% Teuerung, die wir ausgesprochen hätten, seien zu hoch. Wir haben überhaupt keine Teuerung ausgesprochen. Wir haben auch reglementarisch den automatischen Teuerungsausgleich jeweils Stand Ende Oktober - das steht so im Reglement - und wenn es halt keine Teuerung gibt oder eine negative, dann ist es Null. Das haben wir auch beschlossen. Da habe ich Ihre Äusserung, man solle doch 0,3% generell geben, nicht ganz verstanden. Das widerspricht schlicht und einfach unseren Reglementen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir in den letzten Jahren stets immer das Minimum beantragt und auch von Ihnen zugesprochen erhalten haben für individuelle Lohnerhöhungen. Dann kamen aber die PK-Sanierungen und die Erhöhung der Krankenkassenprämien, so dass sehr viele unserer Mitarbeitenden eine negative Entwicklung in den Löhnen hatten. Da haben wir in der Tat einen gewissen Nachholbedarf. Der GPK-Präsident hat dies gesagt. Ich bin sehr dankbar, wenn Sie dem zustimmen. Unsere Mitarbeitenden werden es Ihnen bestens danken.

Ich danke Ihnen, wenn Sie abschliessend den Anträgen des Stadtrates auf der Seite 27 der Botschaft zustimmen."

**Gemeinderatspräsident Michael Lerch:** "Somit können wir zu den Abstimmungen der fünf Anträge in der stadträtlichen Botschaft schreiten. Diese liegen uns in der Botschaft auf der Seite 27 vor. Darüber stimmen wir einzeln ab. Wir starten bei Antrag 1."

**Abstimmung Antrag 1:** Dieser Antrag wird mit 31 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.

**Abstimmung Antrag 2:** Auf diesen Antrag fallen 21 Ja- und 16 Nein-Stimmen. Der Antrag 2 ist somit angenommen.

**Abstimmung Antrag 3:** Der Rat stimmt dem stadträtlichen Antrag 3 mit 18 Ja-Stimmen, bei 19 Enthaltungen, zu.

**Abstimmung Antrag 4:** Dieser Antrag wird einstimmig gutgeheissen.

**Abstimmung Antrag 5:** Auch dieser Antrag wird einstimmig genehmigt.

Der Gemeinderat **beschliesst:**

1. Gemäss Art.15 Absatz 1 des Besoldungsreglements werden für individuelle Besoldungsanpassungen 2,0% und für Leistungsprämien 0,1% der Gesamtlohnsumme bewilligt.

2. Der Reduktion des Steuerfusses für die Stadt Frauenfeld um drei Prozentpunkte auf 60% der einfachen Staatssteuer wird zugestimmt.
3. Der Voranschlag 2012 der Stadt Frauenfeld wird genehmigt.
4. Der Voranschlag 2012 der Werkbetriebe wird genehmigt.
5. Der Voranschlag 2012 des Alterszentrums Park wird genehmigt.

- - -

Die Voranschläge der Stadtverwaltung Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2011 gemäss Ziffer 2, 3, 4 und 5 dieses Beschlusses unterstehen dem fakultativen Referendum der Stimmberechtigten. Die Referendumsfrist beginnt am 1. Dezember 2011 und endet am 16. Januar 2012.

**Gemeinderatspräsident Michael Lerch:** "Gemäss Art. 53a unseres Geschäftsreglements bin ich verpflichtet, Sie zu fragen, ob das Behördereferendum von Seiten des Rates ergriffen wird. Das ist nicht der Fall. Somit haben wir die Beratung des Voranschlags 2012 erfolgreich abgeschlossen.

Mit diesen Beschlüssen haben wir das Ende unserer heutigen Traktandenliste erreicht. Ein grosses Dankeschön geht an die Stadtgärtnerei für den vorweihnachtlich geschmückten Ratsaal. Wenn ich nach unten schaue, habe ich irgendwie das Gefühl, der Samichlaus war schon da. Die Unterlage am Boden schaut wie eine Art Jutesäcke aus, und der Chlaus kommt uns ja in der nächsten Woche holen. Ihnen allen wünsche ich eine besinnliche Adventszeit und frohe Festtage - Sie haben es sich mehr als verdient! Gönnen Sie sich ein paar Tage Erholung im Kreise Ihrer Familie und Freunde und kommen Sie wohlbehalten im Jahr 2012 an.

Den Fraktionen, welche heute ihren Fraktionsabend haben, wünsche ich 'einen guten Appetit' und gemütliche Stunden. Die Sitzung ist geschlossen."

- - -

Schluss der Sitzung: 19.45 Uhr

\* \* \*

